



Bild: Alex Scheibert/ Bayernwerk AG Bayernwerk AG

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Nachtragshaushalt 2025:

Maß halten in schweren Zeiten

Mit Umschichtungen im Haushalt hat die Bayerische Staatsregierung auf ausbleibende Steuereinnahmen reagiert. Mit dem Regierungsentwurf zum Nachtragshaushalt 2025 bekräftigt der Freistaat, dass für eine solide, nachhaltige und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik weiterhin eine strikte Ausgabendisziplin erforderlich ist. Der Entwurf kommt ohne neue Schulden und neue Stellen aus. Ministerpräsident Dr. Markus Söder zeigte sich zufrieden mit dem Nachtragshaushalt: „Wir haben nicht einfach Löcher gestopft.“ Vielmehr würden grundlegende Weichen gestellt.

Die jüngste Steuerschätzung für das Jahr 2025 hatte Steuermindereinnahmen in Höhe von etwa 1,3 Mrd. Euro gegenüber den bisherigen Haushaltsansätzen prognostiziert. Darüber hinaus ergeben sich im Haushaltsjahr 2025 aufgrund der niedrigeren Einwohnerzahlen Bayerns nach dem Ergebnis des Zensus 2022 negative finanzielle Folgewirkungen im Finanzkraftausgleich für das laufende Jahr 2025, für das 4. Quartal des Ausgleichsjahrs 2024 sowie aus einer nachträglichen Korrektur für das Ausgleichsjahr 2022 in einer Größenordnung von insgesamt rund 0,5 Mrd. Euro.

Verantwortlich ist die Bundespolitik

Laut Finanzminister Albert Füracker fehlen im Vergleich zu den bisherigen Planungen 1,8 Mrd. Euro; diese sollen aus der Haushaltsrücklage entnommen werden. Die Gesamtausgaben 2025 betragen insgesamt rund 77 Mrd. Euro und steigen damit gegenüber dem Vorjahr um rund 5 Prozent. Die Investitionsausgaben betragen insgesamt rund 12 Mrd. Euro, die Investitionsquote bleibt stabil bei rund 15 Prozent. Dies ist nach Söders Angaben deutlich mehr als etwa Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen vorweisen können. Füracker machte für die Mindereinnahmen die Bundespolitik verantwortlich. „Wir brauchen in Berlin eine neue Dynamik.“

Die Bildungsausgaben bilden mit insgesamt rund 27 Mrd. Euro den größten Ausgabenblock im Staatshaushalt. Für Innere Si-

cherheit und Rechtsschutz sind insgesamt rund 9 Mrd. Euro eingeplant. Für die Fortsetzung der Hightech Agenda Bayern ist insgesamt über eine halbe Milliarde Euro vorgesehen. Zwangsläufige Mehrausgaben ergeben sich insbesondere bei der Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern und für die Bewältigung der Folgen des Unwetters mit Hochwasser im Mai/Juni 2024.

Neuer Höchststand beim kommunalen Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich 2025 erreicht trotz finanziell schwieriger Zeiten mit rund 12 Mrd. Euro einen neuen Höchststand. Dies bedeutet (Fortsetzung auf Seite 4)



Bild: Rudolf G. Mayer/ BSt

Jubiläum in Augsburg

Zum 75-jährigen Gründungsjubiläum gratulierte Ministerpräsident Dr. Markus Söder dem bayerischen Bund der Steuerzahler und dessen Vorsitzendem Rolf Baron von Hohenhau. „Mahner und Macher“ sei der BdSt im Freistaat; „ein wichtiges Korrektiv“. Er habe sich unter seinem Präsidenten dem grundsätzlichen Ziel verschrieben, dass der Staat nicht mehr ausgibt als er einnimmt. Sachlich und unideologisch habe der Steuerzahlerbund als einer der ersten auf den hohen Schuldenstand hingewiesen und mahnt hartnäckig mit der Schuldenuhr, die nur in Bayern rückläufig ist. Gleichzeitig wird beim BdSt immer wieder der Sinn einzelner Projekte und Ausgaben genau hinterfragt. „Daran orientieren wir uns auch mit dem Nachtragshaushalt 2025“, versicherte Söder: „Während der Bund ohne Haushalt dasteht, halten wir in Bayern Maß und Ziel. Wir dämpfen die Ausgaben und investieren trotzdem in Zukunft und Wachstum. Unsere Investitionsquote bleibt mit 15% auf hohem Niveau. Dafür halten wir Maß im administrativen Bereich und reduzieren die Bürokratie. Das alles schaffen wir ohne Schattenhaushalte und neue Schulden.“

Bild: bayern.de

Über 100 Mio. Euro für finanzschwache Kommunen

Füracker übergab Bescheide für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen

„Der Freistaat steht auch in den aktuell herausfordernden Zeiten als zuverlässiger Partner fest an der Seite seiner Kommunen – dieses verlässliche Zusammenstehen ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung unserer Heimat“, stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Anschluss an die Sitzung des Verteilerausschusses mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie Vertretern des Innen- und Finanzministeriums mit. Der Freistaat unterstütze seine Kommunen seit jeher massiv – das Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich 2025 habe dies erneut unterstrichen, so Füracker.

Bayernweit erhalten insgesamt 116 Kommunen für das Antragsjahr 2024 über 103 Mio. Euro staatliche Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen. „Die Mittel sind Teil des kommunalen Finanzausgleichs 2024 mit einem Gesamtvolumen von 11,4 Mrd. Euro. Insgesamt gehen allein heuer 21,2 Mrd. Euro aus dem Staatshaushalt – also fast 30 Prozent – an die bayerischen Kommunen. Das ist ein bedeutender Beitrag des Freistaats für stabile Kommunalhaushalte“, stellte Füracker fest.

In Oberfranken erhalten 48 Kommunen über 44,3 Mio. Euro an staatlichen Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen. An sechs Landkreise in Oberfranken gehen insgesamt 4,2 Mio. Euro. 42 Städte und Gemeinden werden mit über 40,1 Mio. Euro unterstützt. Die höchsten Einzelzuweisungen empfangen die Stadt Wunsiedel mit 4,2 Mio. Euro und die kreisfreie Stadt Hof mit 4 Mio. Euro.

Drei Kommunen in Mittelfranken bekommen 6,3 Mio. Euro. Der

Landkreis Ansbach erhält 100.000 Euro, die kreisfreie Stadt Fürth wird mit 5 Mio. Euro und die Stadt Treuchtlingen mit 1,2 Mio. Euro (Auszahlung erfolgt erst nach Erfüllung von Auflagen) gefördert.

23 Kommunen in Unterfranken dürfen sich über rund 13 Mio. Euro an staatlichen Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen freuen, drei Landkreise werden mit insgesamt 5,9 Mio. Euro bedacht. 20 Städte und Gemeinden werden mit rund 7,1 Mio. Euro unterstützt. Die höchsten Einzelzuweisungen empfangen die Landkreise Rhön-Grabfeld und Haßberge mit je 2,9 Mio. Euro und die Stadt Bad Königshofen i. Grabfeld mit 1,3 Mio. Euro.

Mit rund 10,7 Mio. Euro werden vier Städte und Gemeinden in Schwaben ausgestattet. Hier erhielten die höchsten Einzelzuweisungen die Stadt Füssen mit 4 Mio. Euro und die Stadt Kaufbeuren mit 3,5 Mio. Euro.

In Oberbayern bekommt lediglich der Markt Schwaben 1,25 Mio. Euro an staatlichen

Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen.

In Niederbayern dürfen sich acht Kommunen über rund 6,9 Mio. Euro freuen. An drei Landkreise gehen insgesamt 3,4 Mio. Euro. Fünf Städte und Gemeinden werden mit rund 3,5 Mio. Euro unterstützt. Die höchsten Einzelzuweisungen werden dem Landkreis Freyung-Grafenau mit 3,1 Mio. Euro und der Gemeinde Fürstenstein mit 1 Million Euro zuteil.

Rund 20,7 Mio. Euro erhalten 29 Kommunen in der Oberpfalz. Zwei Landkreise werden mit insgesamt 2,8 Mio. Euro sowie 27 Städte und Gemeinden mit rund 17,9 Mio. Euro gefördert.

Die höchsten Einzelzuweisungen empfangen der Landkreis Amberg-Weizsach mit 2,7 Mio. Euro und die Stadt Auerbach i.d.OPf. mit 3 Mio. Euro.

Füracker zufolge leistet der Freistaat mit den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen „wichtige Hilfe zur Selbsthilfe für unsere finanzschwächeren Gemeinden, Städte und Landkreise. Vor allem strukturschwache sowie von der Demografie besonders betroffene Kommunen im ländlichen Raum erhalten so neue Handlungsspielräume und eine effektive Unterstützung bei der Konsolidierung ihrer Haushalte.“ Die Bescheide werden den Kommunen voraussichtlich bis Mitte Dezember übersandt. **DK**

Kulturpreis Bayern 2024:

Eine Bühne voller Menschen

Kunstmister Blume: „Stimmen der Kunst, der Musik, der Freiheit dürfen nie verstummen“

Der Kulturpreis Bayern wurde in diesen Tagen an Künstlerinnen, Künstler und zahlreiche Absolventinnen und Absolventen der bayerischen Hochschullandschaft verliehen. Den Sonderpreis des Bayerischen Kunstministeriums überreichte Bayerns Kunstminister Markus Blume an die ukrainische Dirigentin Oksana Lyniv.

Kunst- und Wissenschaftsminister Markus Blume lobte die „Vielfalt als Markenzeichen unseres bayerischen Kulturstaats“. In Musik, Literatur, bildender und darstellender Kunst „erblüht die kulturelle Seele Bayerns in all ihrer Pracht“, so Blume. Der Kulturpreis Bayern würdigt seit 20 Jahren die herausragenden Leistungen von Künstlerinnen und Künstlern, „die mit Kreativität und Innovation unseren Freistaat zum Kulturfreistaat machen“, sagte der Minister. Er dankte der Bayernwerk AG „für diese außergewöhnliche Wertschätzung unserer bayerischen Kulturlandschaft“.

Wertvolle Impulse

Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Leo Westphal betonte: „Allen Preisträgerinnen und Preisträgern gilt unser großer Respekt. Es ist jedes Jahr aufs Neue beeindruckend, welche wertvollen Impulse Kunst und Wissenschaft in die Gesellschaft geben, welche Schaffenskraft und Begeisterung Künstlerinnen und Künstler dafür aufbringen.“ Geehrt wurden im Bereich der Wissenschaft die besten Abschluss- und Doktorarbeiten an den bayerischen Hochschulen, Universitäten und Kunsthochschulen.

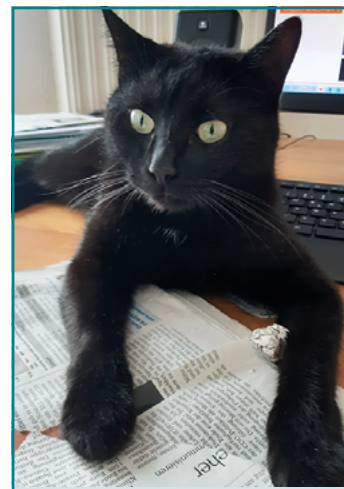
Pionierin mit absoluter Vorbildwirkung

Der Bayerische Kunstminister Markus Blume überreichte den Sonderpreis an die ukrainische Dirigentin Oksana Lyniv und würdigte sie als eine herausragende Vertreterin der jungen Dirigentengeneration. „Mit Ihrer außergewöhnlichen Kombination aus Präzision und künstlerischem Temperament haben Sie uns großartige Musikmomente in Bayern geschenkt“,

so der Kunstminister über die Musikerin, die 2021 Geschichte schrieb als erste Dirigentin der Bayreuther Festspiele. Blume bezeichnete Lyniv als „Pionierin am Pult mit absoluter Vorbildwirkung“. Die Stimmen der Kunst, der Musik, der Freiheit dürfen nie verstummen“, lobte der Minister das engagierte Eintreten der Künstlerin gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine.

Poetische Klang-Erzählungen

Ausgezeichnet wurde auch Erwin Rehling, der sich als Schlagzeuger und Perkussionist einen (Fortsetzung auf Seite 4)



Die Fristen für vorgezogene Neuwahlen wurden zu Zeiten festgelegt, in denen die Infrastruktur – kriegsbedingt – noch maroder war als heute „und Papier“, so Pino, unser Rathauskater, „war so knapp, dass nicht mehr gebrauchte Antragsformulare auf der Rückseite neu bedruckt wurden.“ Was Frankreich inkl. Überseedepartements in 21 Tagen schafft, müsste also machbar sein – außer vielleicht in Berlin. **S. 11**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayerisches Kabinett: Bundesratsinitiativen für eine Asylwende . . . 2	Seite
Deutscher Krankentag: „Orientierung in der Revolution“ . . . 2	
Gerlach: Pflege wird weiter gestärkt. 2	
GZ-Kolumne Franz Löffler: Lebensqualität für Menschen mit Behinderungen sichern . . . 3	
78. Bayerischer Heilbädertag in Bad Bocklet: 3	
Bayerischer Musikschultag in Bamberg 3	
Leitökonomie Tourismus: Vielfältig, nachhaltig, erfolgreich . . . 4	
Kommunale Energiethemata 5-8	
Kommunaler Katastrophenschutz 9	
Aus den bayerischen Kommunen. 10-12	

Bayerisches Kabinett:

Bundesratsinitiativen für eine Asylwende

Auf Vorschlag von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat der Bayerische Ministerrat mehrere Bundesratsinitiativen für eine Asylwende beschlossen. „Wir benötigen endlich eine richtige Asylwende. Denn Hauptziel der Migration nach Europa ist trotz aktuell sinkender Zugangszahlen nach wie vor Deutschland“, betonte Herrmann.

Nach Angaben des Ministers sind die Belastungsgrenze der Kommunen längst erreicht und die Ressourcen bei der Unterbringung und Integration nahezu ausgeschöpft. Länder und Kommunen müssten dringend entlastet werden, sowohl hinsichtlich der Verwaltungsaufgaben als auch in finanziellen Belangen. „Mit unseren Anträgen fordern wir den Bund auf, umgehend nötige Gesetzesanpassungen und neue Regelungen zu schaffen“, erläuterte Herrmann.

Rechtlich gebotenes Minimum

Insbesondere die seit Jahren kontinuierlich wachsenden Kosten im Asylbereich müssten gesenkt werden. Bereits jetzt liegen die Ausgaben des Freistaats für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern bei rund 1,7 Milliarden Euro; bis Ende des Jahres wird der Wert voraussichtlich auf rund 2,2 bis 2,3 Milliarden Euro ansteigen. Herrmann: „Wenn Asylbewerber bei ihrem Asylverfahren nicht mitwirken oder aufenthaltsbeendende Maßnahmen verhindern, sollen sie künftig nur noch das rechtlich gebotene Minimum an Leistungen erhalten.“ So könne der Freistaat bis zu 44 Millionen Euro jährlich einsparen. Darüber hinaus setze die Gesetzesänderung Anreize für die Asylbewerber, ihrer Mitwirkungspflicht nachzukommen. Zudem solle sie ein Signal für Migranten mit geringer Bleibeperspektive und wenig erfolversprechenden Asylanträgen sein.

Frühzeitige Integration

Ebenfalls essenziell für die Entlastung von Ländern und Kommunen ist die frühzeitige Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt. Der Freistaat fordert deshalb, dass grundsätzlich jede arbeitsfähige Person innerhalb des laufenden Asylverfahrens bereits nach drei Monaten Arbeit aufnehmen darf, unabhängig von der Unterkunftsart. Bisher sieht das Asylgesetz für im ANKER untergebrachte Asylbewerber ein absolutes Erwerbstätigkeitsverbot für sechs Monate vor. Keine Auswirkungen hat die von Bayern vorgeschlagene Gesetzesänderung auf Asylbewer-

ber aus sicheren Herkunftsstaaten, Dublin-Fälle oder Personen, die das Asylrecht offenkundig missbrauchen; diese Fälle unterliegen der Einzelfallbetrachtung. Gleichzeitig schafft Bayern die Voraussetzungen für die schnellere Erledigung von Asylgerichtsverfahren. Um die Verfahren zu beschleunigen, wurde die Zahl der Richterstellen an den bayerischen Verwaltungsgerichten seit 2016 um rund 140 Stellen erhöht. Um starker Personalfuk-tuation und den damit verbundenen Effizienzverlusten entgegenzuwirken, wird die Proberichterzeit von maximal drei Jahren regelmäßig ausgeschöpft.

Zuletzt wurden Verfahren für Asylbewerber ausgewählter Herkunftsstaaten an einzelnen Verwaltungsgerichten gebündelt, um eine noch bessere Spezialisierung zu gewährleisten. „Fast Lane“ für alle Berufe fußt auf drei Bausteinen: 1. Für jeden Beruf soll es in Bayern nur noch jeweils eine Anerkennungsstelle geben. Aktuell sind es in einem Berufsfeld bis zu

ten. So konnte die durchschnittliche Laufzeit von Asylgerichtsverfahren von 16,8 Monaten im Dezember 2023 auf nunmehr 10,3 Monate verbessert werden, deutlich kürzer als im Bundesdurchschnitt. Zur weiteren Beschleunigung wird der Freistaat mit insgesamt sechs weiteren Richterstellen am Verwaltungsgericht München die Voraussetzungen für zwei zusätzliche Asylkammern schaffen.

Darüber hinaus beschloss das Kabinett – anlehnd an das erfolgreiche Pilotprojekt für Pflegefachkräfte – die Einführung einer generellen „Fast Lane“ für Fachkräfte aus dem Ausland. Seit Einführung der „Fast Lane“ für Pflegekräfte im Juli 2023 wurden in einer um 33 Prozent reduzierten Zeit 25 Prozent mehr Anträge bearbeitet. Konkret geht es um eine Bearbeitungsdauer von nur noch fünf Wochen, sobald die Unterlagen der Antragsteller vollständig vorliegen.

„Fast Lane“ für alle Berufe

Das nun beschlossene Konzept einer „Fast Lane“ für alle Berufe fußt auf drei Bausteinen: 1. Für jeden Beruf soll es in Bayern nur noch jeweils eine Anerkennungsstelle geben. Aktuell sind es in einem Berufsfeld bis zu

sieben. Künftig sollen etwa Gesundheitsfachberufe einschließlich Notfallsanitätern beim Landesamt für Pflege und sämtliche Approbationsberufe bei der Regierung von Oberbayern gebündelt werden. Die Vorteile sind ein einheitlicher Verwaltungsvollzug und transparente Zuständigkeiten. Die gesamte Antragsstrecke soll möglichst digitalisiert werden, um die Abläufe weiter zu straffen. Geplant ist, die Zentralisierung bis zum Sommer 2025 umzusetzen.

2. Hand in Hand mit der Zentralisierung der Anerkennungsverfahren sollen auch die Einreiseverfahren im beschleunigten Fachkräfteverfahren bei der Zentralen Stelle für die Einwanderung von Fachkräften (ZSEF) zentralisiert werden.

3. Im Gleichklang mit den Zentralisierungen wird sukzessive ein ständiger Austausch der ZSEF mit der Koordinierungs- und Beratungsstelle Berufsanerkennung (KUBB) und den dann zentralisierten Anerkennungsstellen etabliert. So können Fachkräfte schneller und einfacher anerkannt und in den Arbeitsmarkt integriert werden. In einem ersten Schritt wird dafür die Verzahnung von ZSEF, KUBB und der IHK FOSA, der Anerkennungsstelle für alle IHK-Berufe, erfolgen. DK

47. Deutscher Krankenhaustag:

„Orientierung in der Revolution“

Der gesamten Bandbreite gesundheits- und krankhauspolitischer Themen, vor allem aber der viel diskutierten Krankenhausreform, widmete sich der 47. Deutsche Krankenhaustag in Düsseldorf unter dem Motto „Orientierung in der Revolution“. Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), forderte die Bundesländer auf, die Klinikreform am 22. November im Bundesrat in den Vermittlungsausschuss zu verweisen, denn: „Für die stationäre Versorgung in Deutschland tragen die Länder auch in den kommenden Jahren die Verantwortung.“

Mit kleinen Stellschrauben sei dieses Gesetz nicht mehr zu retten, betonte Gaß. Retten könne man es nur, wenn der Vermittlungsausschuss dieses Gesetz auf gemeinsame Grundvereinbarungen zurückführe. „Wir schlagen als erste Schritte zur Rettung der Krankenhausreform vor, den notwendigen Inflationsausgleich sofort umzusetzen, um die flächendeckende Defizitlage der Kliniken zu entschärfen. Gleichzeitig müssen die Leistungsgruppen nach dem NRW-Modell bundesweit angewendet und schon bestehende Instrumente wie Sicherstellungszuschläge zur Vorhaltefinanzierung ausgeweitet werden, bis ein tauglicheres Modell erarbeitet ist“, so der DKG-Vorstand. Zudem müssten die Krankenhäuser endlich konsequent von überflüssiger Bürokratie und Überregulierung befreit werden.

Hinhaltenaktik mit immer neuen Versprechungen

„Zu spät, zu unkonkret und zu unambitioniert“, nannte Gaß die Empfehlungen der Regierungskommission zum Bürokratieabbau im Krankenhaus. Seit Jahren halte Minister Lauterbach die Krankenhäuser und ihre Beschäftigten mit immer neuen Versprechen hin, sie von der immensen Bürokratielast befreien zu wollen. „Sogar ein ganzes Entbürokratisierungsgesetz hat er uns bis Weihnachten 2023 versprochen und dieses nicht gehaltene Versprechen des vergangenen Jahres gleich in diesem Jahr noch einmal wiederholt – jetzt soll das Gesetz noch in diesem Herbst kommen. Doch statt konkret zu handeln und die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, schieben Minister und Kommission die Verantwortung auf die Krankenhäuser ab. Diese sollen ‚selbstkritisch‘ Dokumentationspflichten überprüfen und sich mit den Kostenträgern an einen Tisch setzen. Aber viel mehr kann man natürlich nicht erwarten, wenn

man dieselbe Kommission mit Entbürokratisierung beauftragt, die bereits mit ihren Vorschlägen zur Krankenhausreform für den gewaltigsten Büroaufbau im Krankenhauswesen seit Bestehen der Bundesrepublik verantwortlich ist.“

Schlecht gemachtes Gesetz

„Auch wenn wir in einer politisch turbulenten und fragilen Situation sind, ohne Änderungen darf diese Reform nicht kommen“, machte Gaß deutlich. „Sollte die Krankenhausreform den Bundesrat passieren, tritt ein an vielen Stellen schlecht gemachtes Gesetz in Kraft, dass die Patientenversorgung in Deutschland nicht verbessern, sondern erschweren wird. Niemand kann heute sagen, wer nach einer Neuwahl das Gesundheitsressort führt und ob es dann zu schnellen, notwendigen Korrekturen käme.“

„Reformen der Krankenhauslandschaft sind alternativlos – darin sind sich alle einig. Aber der aktuelle Reformvorschlag wird die Probleme so nicht lösen“, stieß Kongresspräsidentin und DBfK-Vorstandsmitglied Sabine Berninger in dieselbe Kerbe. Sie sieht notwendige Reformen in den Bereichen Strukturen, Kompetenzen und Finanzierung. „Zur Ausgestaltung der Krankenhausreform gibt es unterschiedliche Perspektiven. Aus meiner Sicht ist ein Punkt ganz deutlich hervorzuheben, nämlich dass auch außerhalb der Krankenhäuser viel passieren muss. Denn durch eine veränderte Krankenhausstruktur werden enorme Herausforderungen auf die ambulante Versorgung der Menschen zukommen.“ Für eine erfolgreiche Reform brauche es daher rund um die Uhr verfügbare Anlaufstellen wie Primärversorgungsstellen, Gesundheitskioske oder Notfallpraxen, die medizinische, pflegerische und soziale Betreuung bieten, idealerweise Krankenhausaufenthalte vermeiden

und an Krankenhäuser ange-bunden sind. „Neue Strukturen brauchen die richtigen Kompetenzen an der richtigen Stelle, sie brauchen eine veränderte Aufgabenteilung sowie eine gute inter- und intraprofessionelle Zusammenarbeit“, so Berninger. Sie forderte daher die Kompetenzerweiterung für Pflegefachpersonen, damit die Versorgung besser und der Pflegeberuf attraktiver wird.

Langsame Trendwende statt Weg ins Chaos

Angesichts des hohen Finanzdrucks, dem die Krankenhäuser ausgesetzt sind, warnte Berninger: „Die Pflege im Krankenhaus ist aus dem ökonomischen Kreislauf der Unterfinanzierung ein Stück herausgekommen, indem die Stellen über das Pflegebudget finanziert werden. Ein vollkommen richtiger Schritt, um eine langsame Trendwende einzuleiten. Das Pflegebudget darf aber aktuell nicht in Frage gestellt werden, denn das würde von heute auf morgen zu einer erneuten Abwärtsspirale in der pflegerischen Besetzung führen. Vor allem darf der Anlauf zu einer Revolution im Gesundheitswesen nicht durch politische Turbulenzen ins Chaos führen. Dafür müssen alle Verantwortlichen jetzt sorgen.“

Flexibilität für die Länder

NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann macht sich nach dem Zerbrechen der Ampel-Koalition für einen Beschluss der Krankenhausreform stark – aber mit Nachbesserungen. Lauterbach habe die Kanzlermehrheit verloren, weshalb er bei seiner Reform nun Zugeständnisse an die Länder machen müsse. Laumann forderte mehr Flexibilität für die Länder, um auf lokale Gegebenheiten reagieren zu können. Besonders in ländlichen Regionen sei es eine besondere Herausforderung, eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen. Der Landesminister empfahl allen beteiligten Akteuren, gemeinsam in der Sache zu einem Ergebnis zu kommen.

Gesundheitsminister Karl Lauterbach betonte, dass die Reformen darauf abzielen, die Arbeitsbedingungen im Kran-

GZ

GZ-PODCAST

GZ

„Kommunal: Direkt von der Expo Real“

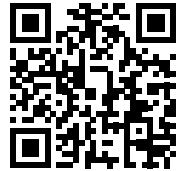
Podcast-Gastgeber Dr. Patrik Hof war für die Bayerische Gemeindezeitung auf der Expo Real. In jeder GZ-Podcast-Folge nimmt er sich unter dem Blickwinkel der Kommunen ein neues Thema vor.

Folge 3: Die Internationale Bauausstellung IBA und die Chancen für die Regionalentwicklung mit Prof. Elisabeth Merk



Die Metropolregion München hat den Zuschlag für die Internationale Bauausstellung erhalten, der ersten überhaupt in Bayern. Was ist die Internationale Bauausstellung IBA? Und wie können Landkreise und Kommunen ihren Beitrag leisten, um den drei Buchstaben Leben einzuhauchen? In dieser GZ-Podcast-Folge nimmt sich der Modera-

tor Patrik Hof das neue Thema Internationale Bauausstellung unter dem Blickwinkel der Städte und Gemeinden vor. Hof unterhält sich mit Frau Professorin Elisabeth Merk. Sie ist die Stadtbaurätin von München und die Treiberin hinter der erfolgreichen Bewerbung um die Internationale Bauausstellung. www.gemeindezeitung.de/podcast



Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Gerlach:

Pflege wird weiter gestärkt

Neuerungen kommen auch pflegenden Angehörigen zugute

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hat darauf hingewiesen, dass die Pflege im Freistaat weiter gestärkt wird. Gerlach betonte: „Mit dem Beschluss des Ministerrats zur Umstrukturierung beim Landespflegegeld können wir neuen Herausforderungen gezielt begegnen, ohne den Haushalt zu überfordern. Denn es wird mehr Unterstützung für die Infrastruktur möglich sein – so können wir unter anderem die ambulante Pflege stärken.“

Gerlach fügte hinzu: „Damit unterstützen wir den Wunsch der meisten Menschen, so lange wie möglich zu Hause zu leben. Wichtig ist zudem, pflegerische Angebote vor Ort zu erhalten und zu fördern. Wir werden deshalb auch die Investitionskostenförderung für neue Wohnformen sowie für die Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege ausbauen. Diese Leistungen kommen allen Menschen mit Pflegebedarf und ihren Angehörigen zugute.“

Die Ministerin unterstrich: „Die Sicherstellung guter Pflege ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen. Auf diese Zukunftsaufgabe richten wir den Haushalt strukturell aus. Dabei setzen wir auch Anreize für die Errichtung von Wohnformen für Menschen mit Behinderung, die Pflegebedarf haben.“

Die Ministerin erläuterte: „Für Erstbezieher von Landespflegegeld ändert sich nach den jetzigen Überlegungen zunächst nichts. Denn Pflegebedürftige, die bis zum Ablauf des Jahres 2025 erstmals einen Antrag stellen, erhalten das Landespflegegeld wie bisher zeitnah nach der Bewilligung. Es wird also auch im kommenden Jahr zu Auszahlungen von Erstanträgen kommen.“

Erst bei neuen Anträgen ab dem 1. Januar 2026 erfolgt die Auszahlung am Beginn des Folgejahres. Entsprechendes – also eine Auszahlung zu Beginn des Folgejahres – gilt für Pflegebedürftige, die schon Landespflegegeld beziehen. Für sie wird das Landespflegegeld 2025 somit zu Beginn des Jahres 2026 ausgezahlt. www.gesundheitsregionenplus.bayern.de/ sowie w.lgl.bayern.de/gesundheitsregionenplus/gesundheitsregionenplus/gerlach

Gerlach verleiht Demenzpreis

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hat in Regensburg den Bayerischen Demenzpreis verliehen. „Es ist mir eine große Freude, sechs innovative Projekte für Menschen mit Demenz auszuzeichnen. Sie tragen dazu bei, das Leben der Betroffenen sowie ihrer An- und Zugehörigen weiter zu verbessern. Sie haben eine Vorbildfunktion für ganz Bayern und können eine Inspiration für die Umsetzung ähnlicher Projekte an anderen Orten sein.“

In Bayern leben rund 270.000 Menschen mit Demenz. Prognosen gehen von steigenden Zahlen aus. „Deshalb ist es wichtig, sich auf die Betroffenen einzustellen, mehr Verständnis für sie zu entwickeln und ihnen ein Leben in der Mitte der Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu leistet auch die Bayerische Demenzstrategie einen wichtigen Beitrag“, so die Ministerin.

Mit dem dritten Preis wurde das Caritas Pflegezentrum St. Hildegard in Pöttmes für das Projekt „Reduktion von Psychopharmaka durch Alternativen in der Pflege“ ausgezeichnet. Beim Bayerischen Demenzpreis 2024 wurden drei Geldpreise in Höhe von 3.000, 2.000 und 1.000 Euro vergeben. Darüber hinaus gab es drei weitere Anerkennungen für herausragende Projekte: Die Joseph-von-Eichendorff-Schule Eichendorf für das Projekt „Meet Dementia“, das Caritas Wohn- und Pflegezentrum St. Gotthard gGmbH in Hengersberg für das Projekt „Kegelbahn“ sowie das Seniorenzentrum der AWO in Rödental. DK

Wir gratulieren

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Kern
Gemeinde Brunnthal
am 25.11.

Bürgermeister Alois Wildfeuer
Gemeinde Kirchdorf i. Wald
am 27.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ernst Schickeltanz
Gemeinde Altenstadt
a.d. Waldnaab
am 22.11.

Bürgermeister Bastian Eiter
Gemeinde Wallgau
am 28.11.

Bürgermeister Michael Neher
Stadt Vöhringen
am 29.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

78. Bayerischer Heilbädertag in Bad Bocklet:

Innovative Ansätze zur Stärkung des Gesundheitstourismus

Denkt man an die Zunahme von Volkskrankheiten wie Rückenleiden oder psychische Erkrankungen, ist Prävention wichtiger denn je. 2023 waren die Arbeitnehmer in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes durchschnittlich 15,2 Arbeitstage krank. Das ist im Vergleich zu 2021 ein Anstieg um vier Arbeitstage. Innovative Ansätze zur Stärkung des Gesundheitstourismus standen deshalb im Mittelpunkt des 78. Bayerischen Heilbädertags im Staatsbad Bad Bocklet.

Besonderes Augenmerk galt dem Konzept der „Gesundheitsorientierten Workation“, wo Arbeit und Gesundheitsprävention kombiniert werden. Aus Sicht

in Bayern fand in einem Kurort oder Heilbad statt, und auch in diesem Jahr ist die Resonanz bei den Gästen erneut sehr positiv. Mit rund 100.000 Arbeitsplät-

zung der Prävention, den Trend zu Workation, also die Verbindung von Arbeit, Urlaub und Gesundheit an einem touristisch attraktiven Ort. Oder etwa die zunehmende Relevanz attraktiver Naturlandschaften für Gesundheit und Wohlbefinden beispielsweise bei der Waldgesundheit“, unterstrich die Ministerin.

Neue Gesundheitsangebote

Diese Trends und Entwicklungen gelte es aufzugreifen, neue Gesundheitsangebote zu entwickeln und zielgruppengerecht zu vermarkten. Hier hätten Bayerns Gesundheitsdestinationen viel zu bieten. „Unsere bayerischen Kurorte und Heilbäder haben nicht nur eine große Vergangenheit hinter sich, sondern noch eine bedeutende Zukunft vor sich“, so Kaniber abschließend.

Neben innovativen Ansätzen standen auch die Herausforderungen der Heilbäder im wirtschaftlichen Bereich im Mittelpunkt der Diskussion. BHV-Vorsitzender Berek warnte vor den Auswirkungen steigender Sozialausgaben auf die Heilbäder und hob die Bedeutung der finanziellen Stabilität für die Gesundheitsversorgung hervor. Er äußerte die Befürchtung, dass die Krise der Kliniken im ländlichen Raum die Kurorte zusätzlich belasten könnte.

Im Rahmen der nicht-öffentlichen Mitgliederversammlung wurde Peter Berek einstimmig als Vorsitzender im Amt bestätigt. Er lobte die Fortschritte des Verbandes in den Bereichen Digitalisierung und Einsatz von Künstlicher Intelligenz und zog eine positive Bilanz seiner Amtszeit. Berek unterstrich die Bedeutung einer weiterhin engen Zusammenarbeit und den gemeinsamen Weg, die Heilbäder und Kurorte durch innovative Ansätze als attraktive Gesundheitsdestinationen weiter zu stärken. DK

von Landrat Peter Berek, Vorsitzender des Bayerischen Heilbäder-Verbandes, „könnte Workation ein fester Bestandteil des betrieblichen Gesundheitsmanagements werden und den Gesundheitstourismus unserer Kurorte stärken“.

Workation

Eine Potenzialanalyse des Instituts CENTOURIS der Universität Passau, unterstützt vom Bayerischen Zentrum für Tourismus sowie dem Bayerischen Heilbäderverband, bestätigte das große Interesse sowohl seitens der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber an diesem Modell. So können Arbeitnehmer während ihres Aufenthalts arbeiten und gleichzeitig ihre Gesundheit stärken – eine Kombination, die in den Heilbädern und Kurorten Bayerns attraktive Perspektiven für neue Zielgruppen eröffnet.

Zukunftsbranche

Bayerns Tourismusministerin Michaela Kaniber bezeichnete die 48 bayerischen Heilbäder und Kurorte als Zukunftsbranche mit hohem Potenzial: „Die Kompetenz unserer Bäder in Sachen Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsversorgung für Gäste und Einheimische ist weit über die Landesgrenze bekannt. Wer etwas für seine Gesundheit tun will, Kraft tanken und seine Resilienz stärken möchte, wird in den Gesundheitsdestinationen Bayerns wahrlich bestens betreut.“ Dies gelte auch für das unterfränkische Staatsbad Bad Bocklet. Mit der Entdeckung von Deutschlands stärkster Eisenquelle vor genau 300 Jahren habe der Aufstieg des Ortes zum heutigen Staatsbad, dessen Gesundheitskompetenz bei Gästen aus Nah und Fern äußerst geschätzt wird, begonnen. Laut Bürgermeister Andreas Sandwall war 2023 ein hervorragendes Tourismusjahr für Bad Bocklet, das auch in den ersten acht Monaten dieses Jahres gut besucht gewesen sei.

100.000 Arbeitsplätze

Genau dieser positive Trend setzt sich Kaniber zufolge auch in den anderen bayerischen Kurorten und Heilbädern fort. Fast ein Viertel der Gästeübernachtungen des vergangenen Jahres

von Landrat Peter Berek, Vorsitzender des Bayerischen Heilbäder-Verbandes, „könnte Workation ein fester Bestandteil des betrieblichen Gesundheitsmanagements werden und den Gesundheitstourismus unserer Kurorte stärken“.

Bayerischer Musikschultag in Bamberg:

Für neue Ansätze und kooperierende Wege

Mit einem vielfältigen Programm setzte der 47. Bayerische Musikschultag in Bamberg ein Zeichen für die Bedeutung der Musikschulen in Bayern und deren Rolle in einer nachhaltigen Bildungslandschaft. „Musikschule nachhal(t)ig! Auch im Ganztage“ lautete das Motto. Festlicher Anlass war das 75-jährige Jubiläum der Städtischen Musikschule Bamberg, der zweitgrößten musikalischen Bildungsstätte im Regierungsbezirk Oberfranken.

Umrahmt wurde der Bayerische Musikschultag von zahlreichen Konzerten, die die Brillanz der Ausbildung in Bayerischen Musikschulen verdeutlichten. Beim Eröffnungskonzert, Festakt und Festkonzert demonstrierten die Musikschüler, Preisträger aus ganz Bayern und der Städtischen Musikschule Bamberg vor allem die Freude an der Musik, Selbstbewusstsein, Zielstrebigkeit und einen guten Gemeinschaftssinn. Bei der öffentlichen Veranstaltung „Musik in der Stadt“ konnten die Besucher an vier verschiedenen Orten in Bamberg Musik genießen.

„Die Aufgabe unserer Musikschulen geht weit über die Vermittlung musikalischer und spieltechnischer Fertigkeiten hinaus. Sie leisten einen unschätzbaren wertvollen Beitrag für die Entwicklung junger Menschen: Aktives Singen und Musizieren fördern Kreativität und Disziplin. Gemeinsame Erfahrungen vermitteln außerdem soziale Kompetenzen und Werte. Diese wichtige Arbeit fördern wir im Jahr 2024 in Rekordhöhe – mit

fast 29 Millionen Euro“, hob Bayerns Wissenschafts- und Kunstminister Markus Blume in seinem Festschrift-Beitrag hervor.

Beim Festakt mit zahlreicher Prominenz aus Kommune, Landkreis und dem Freistaat Bayern zeigte Hauptredner Prof. Dr. Stephan Frucht, Künstlerischer Leiter des Siemens Arts Program, neue Wege und Erkenntnisse zur Musikschulbildung auf und betonte: „Musikalisch gebildete Kinder stärken unsere Demokratie und sind erfolgreicher auf ihrem Lebens- und Bildungsweg.“

Im Rahmen des Zukunftsforsums diskutierten Experten unter anderem über die Möglichkeiten und Herausforderungen einer nachhaltigen musikalischen Bildung. Hierzu hatte der VBSM im Frühjahr ein Forderungspapier vorgelegt. Darin heißt es: „Wir fordern den Freistaat Bayern auf, öffentliche Sing- und Musikschulen als Partner im Ganztage zu benennen und eine angemessene Finanzierung der musischen Bildung sicherzustellen.“ Die kommunalen Gebietskörperschaften müssten Räumlichkeiten für den

GZ

KOLUMNE
Franz Löffler

Liebe Leserinnen und Leser,

In Bayern erhalten rund 150.000 Menschen mit Behinderungen Leistungen der Eingliederungshilfe. Die Ausgaben belaufen sich dabei auf über 4,5 Milliarden Euro jährlich, Tendenz steigend. Allein der Bezirk Oberpfalz wendet in diesem Jahr rund 350 Mio. Euro auf, um rund 11.000 leistungsberechtigte Menschen von der Frühförderung, in der Schule und Ausbildung, im Arbeitsleben und beim Wohnen bis ins Alter zu unterstützen.

Mit dem in mehreren Schritten seit 01.01.2017 eingeführten Bundesteilhabegesetz (BTHG) wird der konkrete persönliche Bedarf des Menschen mit Behinderung für die gewährten Hilfeleistungen noch stärker in den Vordergrund gerückt. Bei diesem personenzentrierten Ansatz, den ich für sehr sinnvoll halte, müssen die damit verbun-



den Schülerinnen und Schüler gefördert werden, ohne auf eine Betreuung zu verzichten. Ebenso können durch Anpassungen bei baulichen Vorgaben oder bei der Anwendung von Personalschlüsseln Kosten gesenkt, Bürokratie abgebaut und Verwaltungsprozesse verschlankt werden. Wir müssen aber auch über Standards wie beispielsweise die Vorgaben in der Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes und Weiterbildung in der Pflege und Hebammenkunde (AVPfleWoqG) sprechen.

Hierzu muss der im Juli letzten Jahres von den Bayerischen Bezirken als Kostenträger der Eingliederungshilfe und den Verbänden der Leistungserbringer unterzeichnete bayerische Rahmenvertrag einen Beitrag leisten. Erstmals war an den Beratungen die Landesarbeitsgemeinschaft für Selbsthilfe Bayern e. V. beteiligt. Der Vertrag legt fest, welche Leistungen für Menschen mit Behinderungen erbracht werden und wie diese Leistungen vergütet werden.

Ergänzend dazu haben die Bezirke eine erste Rahmenleistungsvereinbarung geschlossen. Diese regelt die konkrete Leistungserbringung in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. An der seit Anfang des Jahres laufenden Modellphase nehmen in Bayern 19 Werkstätten teil. In der Oberpfalz sind rund 560 leistungsberechtigte Personen in der KJF Werkstätten gGmbH mit der Werkstatt St. Johannes in Regensburg sowie die HPZ-Werkstätten der Lebenshilfe in Irchenrieth und Weiden betroffen. Für die Werkstätten bedeutet die neue Vereinbarung, dass die in den letzten Jahrzehnten vorherrschende Spezialisierung in Profilverwerkstätten für Menschen mit geistiger, körperlicher und psychischer Behinderung weiterentwickelt werden soll in Richtung eines Basisangebots aller Werkstätten und eines passgenau für den Menschen mit Behinderungen ermittelten Zusatzangebots. Diese Reform soll so die Versorgung in Wohnortnähe des betroffenen Menschen unabhängig von seiner Behinderungsart sicherstellen. Auch die Finanzierung durch den jeweiligen Bezirk wird auf neue Füße gestellt: Im Mittelpunkt der Kostenerstattung steht primär der Bedarf des konkreten Menschen, nicht mehr die Kostenerstattung an die „Institution“ Werkstatt.

Herausfordernde Zeiten:

Lebensqualität für Menschen mit Behinderungen sichern

denen finanziellen Auswirkungen für die bayerischen Bezirke und Kommunen aber genau im Blick behalten werden. Inflation, höhere Personalschlüssel und deutliche Tarifsteigerungen haben dazu geführt, dass wir heute eine vollkommen andere Kostensituation haben als noch vor fünf Jahren. Bislang konnte das durch ein steigendes Steueraufkommen kompensiert werden. Jetzt leben wir aber in einer Zeit, in der wir angesichts einer abnehmenden Wirtschaftskraft und sinkender Steuereinnahmen bei zugleich immer weiter steigenden Ausgaben nicht umhinkommen werden, Leistungen, die wir mittlerweile als selbstverständlich erachten, auf den Prüfstand zu stellen. Dies umso mehr, als die aktuellen Steuerschätzungen andeuten, dass auch in den kommenden Jahren mit einer weiteren Verschärfung der Lage zu rechnen ist.

Das bedeutet nicht, dass Betroffene nicht mehr auf unsere Hilfe zählen können. Hier haben wir als Bezirke eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, zu der wir weiterhin entschlossen stehen und die wir ernst nehmen. Der Mensch steht für uns stets im Mittelpunkt und muss vor unzumutbaren sozialen Härten geschützt werden. Wir müssen in der aktuell angespannten Haushaltslage aller bayerischen Bezirke jedoch prüfen, wo sinnvolle Einsparpotenziale bestehen und wie wir möglichst optimal eine Versorgung auf hohem Niveau gewährleisten können, ohne dabei eine Kostenexplosion hervorzurufen.

Wir brauchen daher im Bereich der Eingliederungshilfe durchdachte strukturelle Reformen und innovative Lösungen, wenn wir den gesetzlichen Vorgaben und dem Inklusionsgedanken weiterhin gerecht werden wollen. Ein Beispiel, wo dies gut gelingt, ist das Pooling im Bereich der Förderschulen. Entgegen der bisherigen Einzelfallmaßnahmen kann durch das Pooling nicht nur die Zahl der benötigten Schulbegleiter sinnvoll angepasst werden, sondern zugleich die Selbstständigkeit, die Interaktion innerhalb der Klasse und die soziale Integration

Die Existenzberechtigung der Werkstatt steht nicht in Frage

Als Bezirkstagspräsident der Oberpfalz stehe ich ein für die Notwendigkeit der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Diese erleben dort Selbstbestätigung, Wertschätzung, soziale Kompetenzen in der Zusammenarbeit und schaffen sich ein Einkommen.

Die Erfahrung zeigt: Menschen mit Behinderungen haben ihre besonderen Fähigkeiten. Deshalb appelliere ich an alle Verantwortlichen in der kommunalen Verwaltung: Wir sollten beispielgebend vorgehen und prüfen, ob im eigenen Haus Menschen mit Behinderungen einen passgenauen Arbeitsplatz finden können oder dieser geschaffen werden kann.

Ihr Franz Löffler

Bezirkstagspräsident und
Bezirkstagspräsident der Oberpfalz
sowie Landrat des Landkreises Cham

Musikschulunterricht und für die musische Bildung stellen und für deren Zugänglichkeit sorgen. Die Schulleitungen werden aufgerufen, gemeinsame Aktivitäten der musischen Bildung auszuloten. Zudem sollen die Hochschulen mit geeigneten Weiterbildungsformaten ausreichend hochqualifiziertes Personal ausbilden.

Laut VBSM-Präsident Landrat Martin Bayerstorfer (Erding) wird die Rolle der Musikschulen wichtiger denn je. „Kinder werden künftig immer mehr Zeit auf dem Schulgelände verbringen, was bedeutet, dass sie weniger Gelegenheiten haben werden, musische Bildungsangebote außerhalb der Schule wahrzunehmen, es sei denn, diese werden in das Ganztagsangebot integriert. Folglich liegen tiefgreifende Veränderungen vor uns.“ Gemeinsam müssten Wege gefunden werden, um die musikalische Bildung auch in den Ganztage zu integrieren und die Zusammenarbeit mit Grund-

schulen vor Ort zu intensivieren.

Aktives Musizieren in all seinen Facetten stärke das Gemeinschaftsgefühl und das gemeinsame Lernen, bereichere das Schulleben und unterstütze die Entwicklung kultureller, gesellschaftlicher und demokratischer Werte, so Bayerstorfer. Kinder und Jugendliche, die eine musikalische Bildung erhielten, seien in der Lage, sich verantwortungsbewusst und positiv in die Gesellschaft einzubringen und diese zu stärken. „Unsere bayerischen Sing- und Musikschulen verfügen über einen reichen Erfahrungsschatz, qualifiziertes Personal und bewährte Unterrichtsformate. Diese Ressourcen allen Kindern zugänglich zu machen, ist die große Chance des Ganztags.“

Sing- und Musikschulen im Ganztage förderten Teilhabe und Chancengerechtigkeit, unabhängig von Begabung, Herkunft oder sozialem Status. Sie ermöglichen es, die Vielfalt des Menschli-

chen in der musikalischen Ausbildung lebendig und altersgerecht zu erleben. „Es ist entscheidend, dass wir jetzt die Weichen für eine verlässliche und nachhaltige musische Bildung stellen“, unterstrich der VBSM-Präsident. „Es gilt, den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagschule als Chance zu erkennen. Und diesen für Kinder und Jugendliche durch Kooperation der Bildungsträger zu einem persönlichkeitsbildenden Konstrukt zu machen. Eine riesige Chance für die Kinder – und die Qualität der Ganztagsgarantie.“

Der Bayerische Musikschultag hat gezeigt, dass die Musikschulen und ihr Verband VBSM für neue Ansätze und kooperierende Wege bereitstehen. Beim 48. Bayerischen Musikschultag 2025 in Nürnberg, so war sich Präsident Bayerstorfer sicher, werden Musikschulen einen Schritt weiter sein. Zum Wohle der musikalischen Bildung für jedes Kind. DK

Maß halten in ...

(Fortsetzung von Seite 1)

tet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 609 Mio. Euro (wir berichteten). Aus Fürackers Sicht ist dies die „äußere Grenze dessen, was der Freistaat finanzieren kann“. Bis 2026 muss der Freistaat mit Ausfällen von 2,4 Mrd. Euro rechnen, davon 900 Mio. im nächsten Jahr, erwartet der Staatsminister.

Hohe Steuermindereinnahmen

Die prognostizierten hohen Steuermindereinnahmen sowie die weiteren zwangsläufigen Mehrbelastungen insbesondere im Asylbereich stellten auch für den Staatshaushalt des Freistaates Bayern eine enorme finanzielle Belastung dar. Als Konsolidierungsmaßnahme soll daher im Nachtragshaushalt 2025 u.a. die haushaltsgesetzliche Sperre für das Haushaltsjahr 2025 von bisher 10 Prozent auf 15 Prozent erhöht werden.

Der Nachtragshaushalt 2025 sieht ein Stellenhebungsprogramm mit einem Gesamtvolumen in Höhe von insgesamt 5 Mio. Euro (Jahreskosten) für funktionslose Beförderungsmäßer für Lehrkräfte an Gymnasien, Realschulen, Beruflichen Schulen und Förderschulen vor. Die Stellenhebungen dürfen ab 1. November 2025 in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen werden.

Deutliche Konsolidierungen auf der Ausgabenseite

Ein perspektivischer Ausblick auf den Doppelhaushalt 2026/2027 macht Füracker zufolge weitere deutliche Konsolidierungen auf der Ausgabenseite erforderlich, so dass im Rahmen der nächsten Haushaltsaufstellung folgende Maßnahmen vorgesehen werden: Bereits im Nachtragshaushaltsgesetz 2025 wird für das Jahr 2026 ein generelles Stellenmoratorium sowie der Beginn eines mittelfristigen Abbaus in Höhe von 5.000 Stellen bis 2030 festgeschrieben. Um insbesondere die Unterrichtsversorgung an den bayerischen Schulen sicherstellen zu können, wird das Staatsministerium für Unterricht und Kultus den begonnenen Dialogprozess zu Maßnahmen zur Einbringung zusätzlicher Arbeitskapazitäten des vorhandenen Personals zeitnah abschließen.

Anpassung an finanz- und gesellschaftspolitische Herausforderungen

Das Bayerische Landespflegegeld, das Bayerische Familiengeld und das Bayerische Krippengeld werden neu ausgerichtet und an die finanz- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen angepasst. Ziel ist dabei, unter Fortentwicklung der bisherigen Mittelverwendung künftig 50 Prozent für direkte Leistungen und 50 Prozent zur Stärkung der Strukturen einzusetzen. So könne das Angebot an Familien- und Kinderleistungen weiter bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Konkret prüft das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, inwieweit die bisher monatlich an die Familien ausbezahlten Leistungen des Familiengeldes und des Krippengeldes zu einer einmaligen Leistung in Höhe von 3.000 Euro („Kinderstartgeld zum 1. Geburtstag“) zusammengefasst werden können. Bisher können Eltern in Bayern vom ersten Geburtstag ihres Kindes an monatlich bis zu 100 Euro bekommen, falls das Kind in eine beitragspflichtige Krippe geht. Das Familiengeld für alle Eltern mit ein- und zweijährigen Kindern beträgt bisher für das erste und zweite Kind jeweils 250 Euro

monatlich – für 24 Monate also 6.000 Euro –, vom dritten Kind an erhalten die Eltern jeweils 300 Euro monatlich je Kind (für 24 Monate also 7.200 Euro).

„Neu justiert“ wird laut Söder auch das Landespflegegeld: Auch hier werde noch die Hälfte der bisherigen Summe gezahlt, also 500 Euro. Die andere Hälfte soll in den Ausbau der Pflege gehen. Bisher bekommen Pflegebedürftige in Bayern ab Pflegegrad 2 pro Jahr 1.000 Euro. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Pflege erhalten jährlich rund 400.000 Menschen das Pflegegeld – somit gibt der Freistaat dafür rund 400 Mio. Euro pro Jahr aus.

Familien- und Pflegegeld sind bisher einkommensunabhängig. Nach Angaben des Ministerpräsidenten soll dies auch beibehalten werden. Auch Leistungsträger hätten ein Recht auf Unterstützung, hob Söder hervor.

Stärkung der Pflegestrukturen

Der Auszahlungszeitpunkt für das bayerische Landespflegegeld wird auf den Beginn des auf das Pflegegeldjahr folgenden Kalenderjahres, erstmals zum 01.01.2026, festgelegt. Das Pflegegeldjahr wird künftig an das Kalenderjahr angepasst. Das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention wird prüfen, wie die für das Landespflegegeld vorgesehenen Mittel künftig zur Hälfte zur Stärkung der Pflegestrukturen, insbesondere auch der ambulanten Pflege, eingesetzt werden können.

Die CSU-Fraktion begrüßt ausdrücklich den vom Bayerischen Kabinett beschlossenen Nachtragshaushalt. Wie Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek mitteilte, „sind die strukturellen Veränderungen im Haushalt richtig und notwendig. Wir stärken damit regionale und kommunale Strukturen. Der Kern der einmaligen Leistung des Landespflegegeldes bleibt, die freiwerdenden Mittel setzen wir gezielt für Entlastungen von pflegenden Angehörigen ein. Wir sparen in Bayern nicht an der Pflege, sondern passen die Verteilung der Mittel an, um noch besser helfen zu können. Zudem müssen wir die stationäre und ambulante Versorgung besser verzahnen und unnötige Doppelstrukturen sowie vor allem auch Bürokratie abbauen. Wir brauchen jetzt dringend eine konsequente Umsetzung der Asylpolitik im Bund, damit die immensen Kosten von rund drei Mrd. Euro nicht weiter zu Lasten anderer Haushaltsbereiche gehen. Wir sind mit dem, was wir in Bayern tun können, zum Beispiel mit der Bezahlkarte, an den Grenzen unserer rechtlichen Möglichkeiten angekommen.“

Zustimmung bei den Spitzenverbänden

Wohllöbend betrachtet auch der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Markus Panernmayr, die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung zu einer Umschichtung bei Sozialleistungen: „Der Kurswechsel bei der Neuaufrichtung beim Landespflegegeld, beim Familiengeld und beim Krippengeld ist in Zeiten einer angespannten Haushaltslage unvermeidbar. Es ist zu begrüßen, wenn die nun die freiwerdenden Mittel in die Strukturen von Kinderbetreuung und Pflege fließen. Damit kann zum Beispiel die Förderung der Kinderbetreuung ausgebaut und die Qualität von Pflege für die Betroffenen verbessert werden. Gerade in angespannten Zeiten ist es wichtig und richtig, Strukturen zu stärken. Damit bleiben wir handlungsfäh.“

Auch bei den Bezirken stößt die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung zur Neuaufrichtung des Bayerischen Landespflegegeldes auf große Zustimmung: „Mit dem Beschluss, die Hälfte der Mittel des Landespflegegeldes in die Strukturen des Pflegesystems zu investieren, geht die Bayerische Staatsregierung einen mutigen und notwendigen Schritt in die richtige Richtung. Damit bleibt das Geld im System und kann für den Aufbau und Erhalt einer zukunftsfähigen und ortsnahen kommunalen Pflegeinfrastruktur zielgerichtet eingesetzt werden“, unterstrich Verbandspräsident Franz Löffler.

Ambulante Angebote

Mit den umgeschichteten Mitteln könnten ambulante Angebote ausgebaut sowie Plätze für Kurzzeit- und Tagespflege geschaffen bzw. erhalten werden. Denn das Ziel der politischen Bemühungen sollte sein, dass Menschen mit Pflegebedarf möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden leben können. „Eine nachhaltige Unterstützung und bessere Ausstattung ambulanter Pflegestrukturen trägt maßgeblich dazu bei, die Lebensqualität der Pflegebedürftigen zu sichern und die Angehörigen zu entlasten. Das kann langfristig zu erheblichen Einsparungen führen, da durch die frühzeitige und präventive Unterstützung von Betroffenen teurere stationäre Aufenthalte vermieden werden können“, stellte Löffler fest.

Eine Bühne voller ...

(Fortsetzung von Seite 1)

hoch anerkannten Namen gemacht hat. Seit den 80er Jahren ist er in verschiedenen Musik-, Literatur-, Theater und Dokumentarfilmprojekten tätig. Sein 2022 erschienenes „Klangbuch“ „Ois ned glong – eine Landjugend“ verbindet Biografie, perkussive Klänge und poetische Erzählungen.

Global-denkender Entrepreneur aus Franken

Flula Borg wurde 1982 in Erlangen geboren und lebt heute in Los Angeles. Seit der Künstler mit seinen Eltern im kleinen Opel Kadet „Auto Tunes“ im heimischen Erlangen produzierte, ist viel passiert. Unter anderem ist dieser humorvolle Musiker und Kabarettist ein sehr erfolgreicher Hollywood-Schauspieler geworden, der in kleinen, aber auch Blockbuster-Produktionen spielt. Sein YouTube-Kanal wurde bislang über 100 Millionen Mal aufgerufen.

Kinder stärken und Wege aufzeigen, die Mut machen

Das Theater EUKITEA - Kinder- und Jugendtheater und Internationales Theaterhaus in Dierdorf im Landkreis Augsburg ist ein bedeutender Teil der bayerischen Kulturlandschaft. Laudator Karl Michael Scheufele, ehemaliger schwäbischer Regierungspräsident und Amtschef im Bayerischen Innenministerium (i.R.) überreichte die Auszeichnung: „EUKITEA feiert dieses Jahr sein 40-jähriges Bestehen und hat sich seit jeher zur Aufgabe gemacht, Kinder stark zu machen. Das Motto von EUKITEA ist: Dieses Leben ist uns als Aufgabe gegeben. Die von EUKITEA geschriebenen, inszenierten und gespielten Stücke werden mobil direkt an den Schulen oder pädagogischen Einrichtungen aufgeführt, um möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen, egal welchen Alters oder welcher Gesellschaftsschicht.“ Die EUKITEA Stücke behandeln nach den Worten

Positiv bewertet der Bayerische Gemeindegtag den Beschluss der Bayerischen Staatsregierung, das Bayerische Landespflegegeld, das Bayerische Familiengeld und das Bayerische Krippengeld an die finanz- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen anzupassen. Mit Blick auf die angespannten Haushaltslagen aller kommunalen Ebenen sowie des staatlichen Haushalts, sei es mehr denn je erforderlich, Haushaltsmittel optimal einzusetzen.

Wichtiges Signal

Laut Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl „ist dies genau zur rechten Zeit ein wichtiges Signal des Freistaats sowie von Staatsministerin Ulrike Scharf. Die dringend benötigten Betreuungsplätze für Kinder können nur mit ausreichenden Mitteln geschaffen und erhalten werden. Das Geld wird nachhaltig in ein zuverlässiges Betreuungsangebot von Kindern investiert. Eine wichtige Unterstützung für die Gemeinden und für Familien.“

Das beschlossene Ziel, unter Fortentwicklung der bisherigen Mittelverwendung zukünftig 50 Prozent für direkte Leistungen und 50 Prozent zur Stärkung der Strukturen einzusetzen, stellt aus Brandls Sicht eine vom Bayerischen Gemeindegtag lange geforderte deutliche Verbesserung dar. Auch im Bereich der Pflege komme den Menschen die Umverteilung des Landespflegegeldes durch Aufbau und Erhalt von Pflegeinfrastruktur unmittelbar zugute. **DK**

Scheufeles harte Themen wie Mobbing, Gewalt, Missbrauch, Radikalisierung – also schwere Kost. „Aber: Die Stücke sind immer lösungsorientiert. Was macht Mut und nimmt Schrecken? Was zeigt Wege auf, damit es wieder gut werden kann, wenn man dem Leben entgegengeht?“, betonte Karl Michael Scheufele.

Mit dem Kopf in den Wolken

Die Sängerin, Musikerin und Songschreiberin Claudia Koreck gilt als wichtigste Vertreterin der „Neuen Bayerischen Welle“. „Mit dem Kopf in den Wolken“ steht sie, die Wegbereiterin des bayerischen Dialektpops, mit beiden Beinen fest auf dem Boden“, so Laudator Alexander Onken.

Laudatorin Amely Deiss, Leiterin des Kunstpalais Erlangen, beschrieb in ihrer Laudatio die beiden Künstler Matthias Böher und Christian Orendt: „Die Installationen von Böher und Orendt sind Lehrstücke, Kommentare in Geschichtenform. Es sind große, liebevoll, gelehrt, ästhetisch, humorvoll und detailreich inszenierte Erzählungen, die leider auf der Wirklichkeit beruhen. Darauf, wie der Mensch mit seinem oft verantwortungsvergessenen Handeln auf andere einwirkt, auf die Natur, Pflanzen, Tierwelt und Klima, aber auch das soziale Miteinander – und was daraus entstehen könnte. Oder schon entstanden ist.“

Künftig Staatspreis

Die Zukunft des Kulturpreises Bayern geht künftig unter dem Dach des Freistaats weiter. Kunstminister Markus Blume: „Kunst und Kultur sind das Lebenselixier der freiheitlichen Gesellschaft. Das wollen wir gebührend unterstützen, wertschätzen und feiern. Das Bayernwerk hat hier über zwei Jahrzehnte lang mit dem Kulturpreis Bayern einen großartigen Beitrag geleistet. Ich freue mich sehr, dass wir im 20. Jubiläumjahr ein neues Kapitel aufschlagen können. **DK**

Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag:

„Tourismus in Bayern – Leitökonomie: vielfältig, nachhaltig, erfolgreich“

Vor kurzem kürte der weltbekannte Reiseführer Lonely Planet Bayern zu einer der zehn besten Reiseregionen Europas für 2025. Wie die Tourismusbranche nachhaltig und erfolgreich weiterentwickelt werden kann, wurde nun auf Vorschlag der CSU-Fraktion im Rahmen einer Aktuellen Stunde im Bayerischen Landtag erörtert.

Das Tourismusland Bayern boomt. Zum zweiten Mal knackte der Freistaat 2023 die 100-Millionen-Marke und auch 2024 lagen die Übernachtungszahlen in den Monaten Januar bis August bayernweit bereits knapp 3 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Wie der tourismuspolitische Sprecher der CSU-Fraktion Thomas W. Holz betonte, sei Bayern mit seiner einzigartigen Kulturlandschaft Aushängeschild Deutschlands in der ganzen Welt und stehe für einen werteorientierten, nachhaltigen Qualitätstourismus. „Indem wir die aktuellen Herausforderungen der Branche beherzt angehen, sorgen wir für ausgezeichnete Perspektiven. Neben einer stabilen und bezahlbaren Energieversorgung sowie spürbarem Bürokratieabbau brauchen wir in Deutschland dringend die Arbeitszeitflexibilisierung, um angemessen auf den Fachkräftemangel reagieren zu können. Ein echter Booster für touristische Betriebe wäre auch die von uns immer wieder geforderte Senkung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie zurück auf 7 Prozent“, unterstrich Holz und forderte den Bund auf, sich hier „endlich zu bewegen“.

„Mit der BayernCloud Tourismus arbeiten wir schon heute an der innovativen Vernetzung touristischer Daten und Angebote. Damit ermöglichen wir ganz neue Anwendungen, wie beispielsweise ein Echtzeit-Besuchermanagement“, fuhr der Fraktionssprecher fort. Dies helfe den Tourismusregionen und Betrieben gleichermaßen und könne auch die Tourismusakzeptanz erhöhen. „Wir wollen den bayerischen Tourismus stärken und zukunftsfähig gestalten“, erklärte Markus Saller, Sprecher für Wirtschaft und Landesentwicklung der Freien Wähler-Landtagsfraktion. Der Tourismus schaffe Arbeitsplätze, stütze Gastronomie und Hotellerie und sei ein entscheidender Faktor für den Wohlstand in den ländlichen Regionen. Doch stehe er aktuell ebenso vor großen Herausforderungen. Der Klimawandel verlange Anpassungen beim Wintersport und die Digitalisierung Sorge in rasantem Tempo für neue Möglichkeiten und Trends im Tourismus. „Unsere Aufgabe ist es weiterhin, den Tourismus so zu diversifizieren, dass der Freistaat ganzjährig attraktiv bleibt“, hob Saller hervor. Bayern sei ohne den Wintertourismus nicht denkbar, „dennoch benötigen wir ebenso eine verstärkte Förderung von alternativen touristischen Angeboten – im Sommer mit Rad- und Wanderwegen, Klettergärten oder kulturellen Veranstaltungen. Im Winter müssen wir innovative Lösungen finden, wie etwa die Optimierung von Beschneigungsanlagen oder den Ausbau von Wellness- und Gesundheitstourismus.“

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hätten die „Tourismusoffensive Bayern“ sowie das Programm „Digitales Gästelerlebnis Bayern“ des Bayerischen Wirtschaftsministeriums wichtige Impulse gesetzt. Diesen erfolgreichen Weg gelte es konsequent fortzusetzen. Bayerns Tourismus stehe gut da aufgrund der innovativen Arbeit der Unternehmen in dieser Branche, konstatierte der tourismuspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Ralf Stadler. Doch dürfe nicht vergessen wer-

den, dass mitunter auch vielversprechende Ansätze behindert würden. Exemplarisch nannte Stadler das Skizentrum Mitterdorf/Mauth im Landkreis Freyung-Grafenau, wo die CSU eine befestigte Zufahrt von Annathal zur Talstation verhindert habe. „Wenn schon für die Modernisierung des Wintersportzentrums Mitterdorf gut 23 Millionen Euro ausgegeben werden, dann sollte mehr möglich sein“, meinte der AfD-Abgeordnete.

Tourismussprecher Christian Zwanziger (Bündnis 90/Die Grünen) thematisierte u.a. die Frage der Nachhaltigkeit und bezeichnete die Klimakrise als immense Herausforderung für den Freistaat. Angesichts von Hochwassern bzw. Niedrigwassern, die Kanuverleiher und die Schifffahrt an Donau und Main beeinträchtigten, lautete seine Botschaft: „Tourismus ja, aber Tourismus braucht intakte Natur. Dazu gehören Umweltschutz sowie Klimaschutz und deswegen müssen wir da endlich aktiver werden.“

Als vielversprechend bezeichnete SPD-Kollegin Martina Fehner nach schwierigen Corona-Jahren die Halbjahresbilanz 2024 des bayerischen Tourismus mit bereits 48,5 Millionen Übernachtungen und nahezu 18 Millionen Gästeankünften. Dies sei ein „respektables Zwischenergebnis“. Angesichts der großen Veränderungen und Herausforderungen im Tourismus sei der Fokus nicht nur auf steigende Gästezahlen im Sinne von „schneller, höher, weiter“ zu richten, sondern auch auf die Themen Qualität, Nachhaltigkeit, Wertschöpfung und Naturverträglichkeit sowie eine intakte Infrastruktur, Mobilität und entsprechenden Service. **DK**

Erlebnisraum für Gäste

Heftige Kritik äußerte Staatsministerin Michaela Kaniber am „Gegenwind der Berliner Ampel mit Windstärke 10“. Während in Deutschlands Nachbarländern die Wirtschaft florieren, habe die Bundesregierung das Land in die Rezession getrieben. Dagegen begrüßte die Ministerin die Bereitschaft von 84 Prozent der deutschen Bürger, immer noch gerne in den Urlaub zu fahren. Davon profitiere auch Bayern. Im Kontext des weiteren Ausbaus von Premium- und Qualitätstourismus müssten insbesondere der Erlebnisraum für den Gast gestärkt, aber auch der Lebensraum der Einheimischen gesichert werden. Dazu gehöre Nachhaltigkeit im Zusammenspiel von Landwirtschaft und Tourismus. Neben einer verantwortungsvollen Besucherlenkung vor allem zum Schutz der Natur plädierte Kaniber für ein intelligentes Besuchermanagement in sehr gut besuchten Regionen mit dem Einsatz von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz. Statt überfüllter Hotspots solle der Gast alternative Ziele in Echtzeit ansteuern. Darüber hinaus sei der Wintersport in den nächsten Jahren weiter zu stützen und zu stärken, bemerkte die Ministerin. Dass Skifahrer ohne den Einsatz von Beschneigungsanlagen ihrem sportlichen Vergnügen nicht mehr fröhnen würden, sei ein Trugschluss. Sie würden weiter ihrem Hobby nachgehen, aber dann eben nach Italien, in die Schweiz und nach Österreich ausweichen. **DK**

Verleihung in Hirschaid:

Kommunale Vorreiter für den Klimaschutz ausgezeichnet

Für besondere Verdienste um den Klimaschutz und die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels verlieh das Bayerische Umweltministerium in Hirschaid zum 4. Mal den Bayerischen Klimaschutzpreis. Umweltminister Thorsten Glauber vergab die mit insgesamt 15.000 Euro dotierte Auszeichnung an vier Initiativen.

Mit dem Bayerischen Klimaschutzpreis ausgezeichnet wurden 2024 unter anderem die Pionierleistung einer kleinen Gemeinde in Oberbayern auf dem Gebiet der regenerativen Energiegewinnung sowie eine kommunale Mitmach-Initiative aus Franken, die jedes Jahr die Menschen einer ganzen Region zum Klima-Fasten animiert.

Die 4.000-Einwohner-Ortschaft Fuchstal in Oberbayern ist schon seit Jahren eine Pilgerstätte für

Kommunalpolitiker, Energietechniker und Wissenschaftler aus der ganzen Republik: Sie alle wollen hier lernen, wie Energiewende geht. Die kleine Gemeinde erzeugt höchst erfolgreich aus Biomasse, Sonne und Windkraft eigenen Strom – zuletzt rund 40 Millionen Kilowattstunden pro Jahr. Das ist deutlich mehr als vor Ort verbraucht wird. Bisher wurde die überschüssige Energie ins allgemeine Netz eingespeist. Das ist

zwar lukrativ, die Gemeinde jedoch strebt nach Autonomie. Deswegen wird Energie jetzt vor Ort gespeichert.

„Energiezukunft Fuchstal“

Im Rahmen des Projekts „Energiezukunft Fuchstal“ entstanden seit 2020 ein 5.000 Kubikmeter fassender Wärmespeicher, ein 3,35 MW-Batteriespeicher und eine sogenannte Power-to-Heat-Anlage. Hiermit wird Wärmeenergie erzeugt und gebunkert und kann bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt wieder in das Wärmenetz eingespeist werden. Die wichtigsten regenerativen Energiefor-



Das Gruppenfoto zeigt Umweltminister Thorsten Glauber (1. Reihe Mitte) mit den Preisträgern und weiteren Gästen.

Bild: StMUV/Ralf Rödel

Nachhaltigkeitsberichterstattung bei kommunalen Unternehmen:

Beibehaltung von Abschlussprüfung und Satzungsanpassung notwendig

Von Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Christian Baumann, stellvertretender Leiter der Abteilung Kommunale Unternehmen des BKPV

In einem Mitgliederrundschreiben des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands (BKPV) vom 30.10.2024 werden die Gesetzesinitiative der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER (LT-Drs. 19/2837 vom 11.07.2024) und die sich daraus ergebenden Folgerungen näher betrachtet. Der Gesetzentwurf sieht größenabhängig eine Entlastung kommunaler Unternehmen von der Verpflichtung zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und zur Abschlussprüfung vor. Diese Initiative würde eine Vielzahl kommunaler Unternehmen von den Anforderungen der EU Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) befreien, die Unternehmen zur umfassenden Offenlegung ökologischer, sozialer und ethischer Standards verpflichtet. Der BKPV begrüßt dies, hebt jedoch die Risiken eines unreflektierten Verzichts auf die Abschlussprüfung hervor und betont einzelfallbezogen die Notwendigkeit der Anpassung satzungsmäßiger oder gesellschaftsvertraglicher Bestimmungen, um die Berichtspflicht der CSRD – wo möglich – ordnungsgemäß abzuwenden.

Die CSRD zielt darauf ab, dass Unternehmen, insbesondere jene mit öffentlichem Interesse und Größe, ihre Nachhaltigkeitsstrategien und die Umsetzung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards (ESG) transparent machen. Aufgrund der Verweise in den Kommunalgesetzen auf die Regelungen des HGB zu großen Kapitalgesellschaften ist derzeit eine Ausstrahlung auf kommunale Gesellschaften jeglicher Größe vorhanden. Die aktuelle Gesetzesinitiative sieht jedoch vor, dass bayerische kommunale Unternehmen bei „kleinen“ und „mittleren“ Einheiten ab dem Geschäftsjahr 2025 auf eine verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung verzichten könnten; die Erweiterung des Lageberichts um einen Nachhaltigkeitsbericht und dessen Prüfung sollen sich allein nach der Unternehmenssatzung richten. Hierzu müssen die Satzungen dieser Unternehmen angepasst werden, um die Berichtspflicht nach CSRD effektiv auszuschießen.

Der BKPV unterstreicht die Bedeutung der Abschlussprüfung für die Finanztransparenz kommunaler Unternehmen. Die Hauptaufgabe dieser Prüfungen besteht darin, die korrekte Darstellung der wirtschaftlichen Lage zur Unterstützung der kommunalen Aufsichtsgremien sicherzustellen. Gerade für ehrenamtlich tätige Ratsmitglieder bietet die



Christian Baumann.

Anpassung der Satzung als zentrales Mittel

Um die CSRD-Berichtspflicht rechtlich einwandfrei zu vermeiden, wird bei Unternehmen, deren Satzung (bzw. Gesellschaftsvertrag) die Aufstellung nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften vorsieht, eine rechtzeitige Satzungsanpassung dringend empfohlen. In diesen Fällen kann beispielsweise eine Ergänzung aufgenommen werden, dass „die Vorschriften zur Nachhaltigkeitsberichterstattung nicht anzuwenden sind, sofern keine gesetzlichen Vorschriften dies zwingend erfordern.“ Zeitlich dürfte es ausreichen, wenn das bis Ende 2025 geschieht. Dies schafft für kommunale Unternehmen die Möglichkeit, ohne Nachhaltigkeitsberichtsberichtspflicht nach der CSRD zu agieren, ohne die gesetzlichen Vorgaben zu verletzen.

externe Prüfung durch unabhängige Prüfer wertvolle Unterstützung, um die wirtschaftliche Lage des Unternehmens zu bewerten. Ohne Abschlussprüfung könnten Aufsichtsgremien ihre Verantwortung zur Überwachung der korrekten Verwendung öffentlicher Mittel nur schwer erfüllen.

Der BKPV betont, dass dies eine essenzielle Unterstützung darstellt, die den kommunalen Unternehmen nicht ohne weiteres, sondern nur nach einer sorgfältigen Risikoabwägung entzogen werden sollte. Der Gesetzentwurf sieht ausdrücklich vor, dass freiwillig strengere Bestimmungen zur Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts im jeweiligen Gesellschaftsvertrag oder in der jeweiligen Betriebs- bzw. Unternehmenssatzung getroffen werden können.

Neben der reinen Finanzkontrolle unterstützt die Prüfung

den Aufsichtsrat (bzw. den Verwaltungsrat oder den Werkausschuss) bei der Vermeidung von Fehlern und Unregelmäßigkeiten. Die BKPV-Experten weisen darauf hin, dass die Möglichkeit einer regelmäßigen externen Überprüfung präventiv wirkt: Die Aussicht auf eine unabhängige Prüfung motiviert zur fehlerfreien Aufstellung der Bilanzen und stärkt das Vertrauen in die Richtigkeit der Berichte. Insbesondere in kleineren Kommunen ohne eigene Rechnungsprüfungsämter ist die Abschlussprüfung ein wertvolles Kontrollinstrument, das zur Wahrung der öffentlichen Interessen beiträgt.

Haftungsrisiken für Ratsmitglieder

Ein weiterer wesentlicher Punkt betrifft die Haftungsrisiken, denen sich Aufsichts- und Verwaltungsratsmitglieder gegenübersehen, wenn sie ihre Überwachungsfunktion nicht sorgfältig genug wahrnehmen. Ratsmitglieder müssen sich in Fragen des Rechnungswesens und der Bilanzierung auskennen oder diese Kenntnisse schnellstmöglich erwerben. Ein Verzicht auf die Prüfung könnte sie persönlich in Haftung bringen, sollte sich später herausstellen, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse unrichtig dargestellt wurden. Der BKPV hebt hervor, dass die Abschlussprüfung hier ein Sicherheitsnetz darstellt, das insbesondere im politischen Umfeld von großer Bedeutung ist.

Die vorgeschlagene Satzungsanpassung zur Abwendung der Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der CSRD wird Erleichterungen für kleine und mittlere kommunale Unternehmen schaffen. Ohne die Abschlussprüfung wird es aber zu Transparenzverlusten und zu einer höheren Fehleranfälligkeit in der Finanzdarstellung kommen. Für Kommunen und ehrenamtliche Gremienmitglieder sind geprüfte und nachvollziehbare Abschlussinformationen regelmäßig essenziell, um verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen zu können.

Zusammengefasst empfiehlt der BKPV, dass bayerische Kommunen – sofern möglich – ihre Satzungen zur Vermeidung der CSRD-Berichterstattung rechtzeitig anpassen, gleichzeitig aber eine externe Abschlussprüfung im Falle der Prüfung unterstützt nicht nur das Überwachungsorgan, sondern wirkt präventiv und schützt vor Haftungsrisiken.

men auf der einen und die vielfältigen Speichermöglichkeiten auf der anderen Seite an einem kleinen Ort versammelt das hat bayernweit Vorbildcharakter.

CO2-Challenge in der Metropolregion Nürnberg

Die mehr als 3,5 Millionen Einwohner der Metropolregion Nürnberg werden jedes Jahr zu Beginn der Fastenzeit zu einer CO2-Challenge herausgefordert. 14 Tage lang soll die Bevölkerung Aufgaben erledigen und damit ihre persönliche Öko-Bilanz verbessern. Bei diesen Challenges geht es etwa darum, einen Tag lang vom Fahrrad aufs Auto umzusteigen, einen Tag lang auf Fleischverzehr zu verzichten oder bei Neuanschaffungen von Gebrauchsgegenständen auf Second-Hand-Artikel zu setzen. Ein Online-Rechner gibt begleitend Auskunft,

wie viel CO2 bei erfolgreicher Erledigung der einzelnen Challenges eingespart wird. Seit dem vergangenen Jahr wird diese Mitmach-Aktion auch in einer speziellen Version für Schulen angeboten. Ausgedacht hat sich diese CO2-Challenge der sogenannte Initiativkreis der Klimaschutzmanagerinnen und -manager der in der Metropolregion Nürnberg organisierten Städte und Landkreise. 2024 ist die CO2-Challenge am 27. Februar zu Ende gegangen. Etwas mehr als 2.000 Menschen aus der Region haben teilgenommen. Auf's Jahr gerechnet wurden damit rund 150 Tonnen CO2 eingespart.

Kongregation der Schwestern des Erlösers und Community Kitchen

Zwei weitere Klimaschutzpreise gingen in diesem Jahr nach Unterfranken und Oberbayern.

Auf dem Dach des Klosters der Kongregation der Schwestern des Erlösers in Würzburg wurde erstmals in Bayern eine Photovoltaik-Anlage auf einem Großdenkmal installiert. Eine weitere Auszeichnung erhielt die Community Kitchen, eine Münchner Initiative zur Rettung von Lebensmitteln, die unter anderem eine Schulkantine betreibt.

Unterdessen laufen bereits die Vorbereitungen für den Bayerischen Klimaschutzpreis 2025. Ab sofort können bei der bayerischen Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK), die den Wettbewerb organisiert, Vorschläge für den Bayerischen Klimaschutzpreis 2025 eingereicht werden.

Ausführliche Informationen zu den Teilnahmebedingungen gibt es unter: <https://www.lenk.bayern.de/themen/projekte/klimaschutzpreis/index.html>. Frist ist der 31. Januar 2025.

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](https://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis)

Energieministerkonferenz in Brunsbüttel:

Klare Perspektiven angemahnt

Mit einem klaren Bekenntnis zum Ziel der Klimaneutralität und der Fortführung der Energiewende ist die Herbst-Energieministerkonferenz in Brunsbüttel unter dem Vorsitz von Schleswig-Holstein zu Ende gegangen. Angesichts der politischen Entwicklungen global und auf Bundesebene verabschiedete die Konferenz eine „Brunsbütteler Erklärung“. Darin appellieren die Energieministerinnen und Energieminister sowie die -Senatorinnen und der -Senator an die Bundesregierung und den Bundestag, für die Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland den Transformationsprozess hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft weiter entschieden zu verfolgen.

Die anstehenden Neuwahlen dürften nicht wichtige Entscheidungen in der Gesetzgebung aufhalten oder verzögern, heißt es. Brüche sollen vermieden werden. Entscheidende Projekte der Energiewende sind dem Appell zufolge noch zügig voranzutreiben, um das Erreichen der Klimaziele nicht zu gefährden und Planungssicherheit für Wirtschaft und Industrie zu gewährleisten. Dabei stünden der weitere starke Zubau der Erneuerbaren Energien, der mindestens auf dem aktuellen Niveau gehalten werden soll, Rege-

lungen, damit der Energiemarkt besser zu der volatilen Einspeisung von Wind und Sonne passt und das Ziel, dass grüne Energie auch bei der Industrie und dem Wärme- und Verkehrssektor ankommt, im Vordergrund.

Damit die Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut und Verzerrungen bei den Strompreisen vermieden werden können, soll der neue Förderrahmen für den Ausbau zügig entwickelt werden. Dabei sprechen sich die Länder dafür aus, dass die staatlich finanzierte EEG-Förderung grundsätz-

lich bestehen bleibt und weiterentwickelt wird. Dies soll sicherstellen, dass finanzielle Planungssicherheit für den weiteren Ausbau von Wind- und Solarenergie gegeben ist.

Zudem fordern die Länder eine klare Perspektive für die Bioenergie. Das angekündigte Gesetzespaket soll zügig in die Umsetzung gebracht werden. Konkret geht es darum, die Ausschreibungsmengen für Biogasanlagen zu erhöhen, Anreize für Flexibilisierung zu setzen und den Anlagenbetreibern Planungssicherheit zu geben.

Netzentgelte stabilisieren

Da steigende Stromkosten eine zunehmende Belastung für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wirtschaft sind, spricht sich die Energieministerkonferenz für einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt zur Stabilisierung der Netzentgelte aus. Dar-

Wirtschaftsbeirat Bayern:

Plädoyer für Kehrtwende in der Energiepolitik

Der Wirtschaftsbeirat Bayern mahnt eine Kehrtwende in der Energiepolitik an. Wie Generalsekretär Dr. Hans Schachtner und Dr. Albrecht Schleich, Vorsitzender des Ausschusses Energie- und Rohstoffpolitik, in einem Positionspapier darlegen, sei bereits heute offenkundig, „dass wir uns mit der Umsetzung der klima- und energiepolitischen Ziele schwertun, die Nebenwirkungen gravierend sind, die Kosten hoch sind und viele Pläne und Versprechen einem ungedeckten Wechsel gleichen“.

Eine eklatant offene Deckungslücke drohe beispielsweise bei der gesicherten Leistung. Erneuerbare Energieträger allein könnten wegen der Volatilität von Wind- und Sonnenstrom auch mittelfristig Versorgungssicherheit nicht vollständig gewährleisten. „Deutschland braucht mittelfristig, wenn wir uns nicht ausschließlich auf Importe gesicherter Leistung aus dem europäischen Ausland und auf unsere strategische Reserve verlassen wollen, was nicht zu empfehlen wäre, einen Park von ständig verfügbaren Kraftwerken, der der jeweiligen Höchstlast im deutschen Netz nahekommt.“

Aus heutiger Sicht sei es falsch gewesen, so die Autoren, im Jahr 2011 den Ausstieg aus der Kernenergie so zu beschleunigen, dass die letzten Anlagen schon 2022/2023 vom Netz genommen werden mussten, und an diesem Ausstiegsbeschluss über alle Jahre bis heute festzuhalten. „Am Ende werden wir die Versorgungssicherheit nur dadurch aufrechterhalten können, dass wir Kohlekraftwerke zu systemrelevanten Anlagen erklären und am Netz belassen. Klimapolitisch ist das widersprüchlich.“

Die Kosten für die Transformation des Energiesystems seien dabei enorm. Eine Studie von McKinsey schätze den Investitionsbedarf bis 2035 auf gut 800 Mrd. Euro, eine Untersuchung von Ernst und Young sogar auf 1.213 Mrd. Euro, d.h. 121 Mrd. Euro pro Jahr. Da der Löwenanteil der gesamtwirtschaftlichen Investitionen von der privaten Wirtschaft getragen werden muss und staatliche Subventionen nur vorübergehend und in Grenzen gewährt werden können, benötigen Unternehmen die notwendigen zusätzlichen Spielräume, d.h. Gewinne, um dies finanzieren zu können. Der Staat seinerseits müsse seinen Anteil an Investitionen in die Infrastruktur unter Beachtung der Schuldenbremse aufbringen, um finanzpolitische Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sicherzustellen.

Die Kosten der Transformation des Energiesystems schlugen unvermeidbar auf die Energieprei-

se durch – für die Wirtschaft wie für die Verbraucher. Durch staatliche Subventionen könne diese Belastung nicht beseitigt, sondern nur umverteilt werden. Bereits heute habe Deutschland im internationalen Vergleich mit den höchsten Energiepreisen. „Das ist nicht die alleinige, aber eine der entscheidenden Ursachen für die wirtschaftliche Stagnation unseres Landes“, betonen die Autoren und stellen fest: „Die Deindustrialisierung läuft. Bildlich gesprochen sägen wir zurzeit gesamtwirtschaftlich wie klimapolitisch an dem Ast, auf dem wir sitzen.“

Es sei nun höchste Zeit, auf eine effiziente, effektive und realistische Transformationsstrategie einzuschwenken, die vorrangig auf Markt und Wettbewerb als Ordnungsrahmen setzen müsse. Deshalb biete es sich an, den Emissionshandel konsequent als Leitmstrument wirken zu lassen. Es sei richtig, Bürger und Wirtschaft über die Belastung mit dem CO₂-Preis an den Kosten für die Defossilisierung der Wirtschaft zu beteiligen. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel dürfe der Staat nicht für andere Zwecke ausgeben, auch nicht für die Transformation. Er müsse sie über allgemeine und breite Senkungen der Steuern für Unternehmen und für Bürger an diese zurückgeben, damit diese die Lasten sowie Investitionen und Innovationen durch und für die Transformation finanzieren können. Der Staat müsse seinerseits Überbürokratisierung abschaffen, staatliche Interventionen deutlich reduzieren und einen Regelungsrahmen schaffen, der Innovationen und Technologien den Weg frei macht und nicht einschränkt.

„Wirklich effektiv gelingt eine Senkung der weltweiten CO₂-Emissionen nur mit einem weltweiten Emissionshandelsystem“, so die Autoren. „Deswegen sehen wir es als hauptsächliche Aufgabe der Bundesregierung im Klimaschutz an, an einer wirksamen internationalen Kooperationsstrategie mitzuarbeiten, die mindestens die großen Länder USA, China, Russland und Indien in einem ‚Klimaclub‘ umfasst.“

Es sei Aufgabe der EU, den eu-

ropäischen Energiebinnenmarkt weiter voranzutreiben und die geplante Erweiterung des Emissionshandelsystems auf Emissionen im Verkehrs- und Wärmebereich zügig umzusetzen. „Sie sollte sich auf den weiteren Ausbau des Strombinnenmarktes ebenso konzentrieren wie im Bereich der Energieinfrastruktur darauf hinwirken, dass die großen neuen Infrastrukturaufgaben der Klima- und Energiepolitik wie der Aufbau eines Wasserstoff- und CO₂-Netzes nicht nur national gesteuert, sondern europaweit koordiniert werden.“ Nur so könnten Synergieeffekte gehoben und die Effizienz des Systems optimiert werden.

Neben einer deutlichen Tempoposteigerung beim deutschlandweiten Ausbau der Stromnetze – Übertragungsnetze wie Verteilnetze – sei für einen Erfolg der Klimawende entscheidend, „dass wir bei der Zulassung der einzelnen Instrumente keinen falschen Purismus an den Tag legen, sondern pragmatisch vorgehen. So gilt es, die Entwicklung synthetischer Kraftstoffe zu fördern und nicht aus der Sorge heraus abzulehnen, dies könne die Entwicklung klimafreundlicher Antriebssysteme behindern.“

Schachtner und Schleich befürchten, „dass wir große Schwierigkeiten haben werden, uns mit den riesigen Mengen Wasserstoff zu versorgen, die wir für die Transformation in den einzelnen Bereichen unseres Landes benötigen. Da macht es keinen Sinn, nur grünen Wasserstoff zuzulassen. Vielmehr müssen und können wir in einer längeren Übergangszeit auch blauen und auch grauen Wasserstoff akzeptieren. Schließlich gilt es auch die Entwicklung neuer Technologien zu fördern, die nichts mit den Erneuerbaren Energien zu tun haben, noch weiter von der praktischen Anwendbarkeit entfernt scheinen, in der Zukunft aber einen wesentlichen Beitrag zu einer CO₂-freien und damit klimaneutralen Energieversorgung leisten könnten.“

So sollten technologische Innovationen bei der Kernfusion wie etwa die Laserfusionstechnologie ebenso in den Blick genommen werden wie neue unter Effizienz- wie Sicherheitsaspekten vielversprechende Innovationen im Kernenergiebereich. „Rein ideologisch begründete Denk- und Förderverbote können und sollten wir uns in dieser extrem aufwändigen und schwierigen Transformationsphase nicht leisten“, so die Autoren abschließend. **DK**

über hinaus plädiert sie mit dem Ziel einer effizienteren und kostengünstigeren Energiewende zugleich für eine zunehmende Flexibilisierung: Sowohl die Industrie als auch größere Stromverbraucher wie E-Autos und Wärmepumpen sollen Anreize erhalten, den Strom in Zukunft flexibel immer dann abzunehmen, wenn viel erneuerbare Energien vorhanden sind. Indem die Strompreise sich entsprechend dem Stromangebot dynamisch anpassen, gelte es, dieses Verhalten zu fördern und zu belohnen.

Überdies stellen sich die Energieminister hinter das Kraftwerksicherheitsgesetz des Bundes und den darin enthaltenen Kapazitätsmechanismus – damit zügig neue Kraftwerke gebaut werden, die dann laufen, wenn nicht genügend Erneuerbare im Netz sind. Auch die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes soll jetzt kommen, wozu auch ein wirksames Biomassepaket gehöre.

Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wieder herstellen

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger setzte sich für eine zukunftsfähige Energiepolitik ein, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wieder herstellt. Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit müssten gewährleistet sein. Der Staatsminister forderte „mehr Realismus und Technologieoffenheit bei der Energiepolitik und weniger Ideologie.“

Das Gremium stimmte drei für Bayern wesentlichen Beschlussvorschlägen zu. So wird die Bundesregierung aufgefordert, die derzeit ausgesetzten Förderprogramme im Bereich der Wasserstoff-Mobilität wieder aufzunehmen. Laut Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger „müssen wir nach der festgelegten Infrastruktur-Planung durch ein Wasserstoffkernnetz in Deutschland jetzt Wasserstoff-Projekte mit Förderprogrammen anschieben, um den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu ermöglichen. Das geht vom Einsatz der Brennstoffzellentechnologie für Nutzfahrzeuge bis zum Einsatz von Wasserstoff als Energieträger in der Industrie. Deutschland muss die nationale Wasserstoffstrategie umsetzen, damit das Ziel, Leitmarkt für Wasserstofftechnologie zu werden, auch erreicht wird.“

Die Energieministerkonferenz stellte fest, dass Biogas ein wichtiger Baustein der Energiewende ist. „Wir brauchen jetzt zeitnah die Umsetzung der angekündigten Biomassestrategie mit einem großen Biomassepaket. Dazu gehört eine deutliche Erhöhung des Ausschreibungsvolumens für die Biomasseförderung auf mindestens 1.200 Megawatt pro Jahr. In Deutschland ist Bioenergie mit 50 Terawattstunden Strom und 170 Terawattstunden Wärme ein stabiler und verlässlicher Baustein unserer Energieversorgung. Das muss langfristig gesichert und ausgebaut werden“, machte Aiwanger deutlich.

Nach EnMK-Einschätzung kann nur mit einem signifikanten Zubau an wasserstofffähigen Gaskraftwerken die Stromversorgungssicherheit zukünftig trotz Kohleausstiegs auf dem bisherigen Niveau gesichert werden. Aiwanger: „Wir fordern den Bund auf, alles zu unternehmen, die Ausschreibungen für wasserstofffähige Gaskraftwerke im Rahmen der Kraftwerksstrategie zu beschleunigen. Die ersten Ausschreibungen müssen schon Anfang 2025 starten. Wir brauchen einen verlässlichen Zubau von 17 bis 21 Gigawatt (GW) Kraftwerkskapazität bis 2031. Es darf keinesfalls eine Lücke bei der Stromversorgung entstehen.“ Mehr Realismus und Technologieoffenheit bei der Energiepolitik und weniger Ideologie müsse nun das Leitziel sein. **DK**

VKU-Landesgruppe Bayern:

Vorstand mit etablierten und neuen Köpfen

„Ein Einsatz für die Kommunalwirtschaft ist immer ein Einsatz für die Versorgung der Menschen in Bayern. Zusammen halten wir Bayern am Laufen“, so Marcus Steurer, Geschäftsführer der infra Fürth GmbH, der von der Mitgliederversammlung in Fürth einstimmig als Vorsitzender der VKU-Landesgruppe Bayern wiedergewählt wurde.

Steurer bedankte sich bei den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern und ihrem Einsatz für die Interessen der Kommunalwirtschaft in Bayern. Er freue sich „auf die weitere Zusammenarbeit mit den etablierten Mitgliedern und auch auf die neuen Vertreterinnen und Vertreter, die unseren Vorstand in den kommenden vier Jahren bereichern werden“.

Die VKU-Landesgruppe Bayern konnte in ihrer Mitgliederversammlung auf zahlreiche Erfolge zurückblicken. Steurer verwies beispielhaft auf das Engagement der kommunalen Unternehmen zum Landesentwicklungsplan: „Dank der tatkräftigen Unterstützung aller ist es uns gelungen, die Staatsregierung zu bewegen, drei Anträge zum LEP zurückzuziehen. Das kommt im Bayerischen Landtag nur selten vor. Damit haben wir ausdrücklich unterstrichen, dass die VKU-Landesgruppe ein gehöriges Gewicht in Bayern hat und sich für die Allgemeinheit einsetzt.“ Und auch in Ausschüsse des Bayerischen Landtags werde die VKU LG Bayern zu ihren „klassischen“ Themen rund um die Sparten Wasser bis Energie und zu übergreifenden Themen, wie Finanzierung und Fachkräftemangel regelmäßig eingeladen. Durch die verbändeübergreifende Studie zum Wärmepotenzial in bayerischen Fließgewässern leiste die VKU-Landesgruppe zudem wichtige Anstöße fachlicher Natur zur Wärmewende.

Für ein lebenswertes Bayern

Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Oberbürgermeisterin der Stadt Regensburg, wurde als stellvertretende Vorsitzende des Landesgruppenvorstands im Amt bestätigt. Silvia Dollinger, Geschäftsführerin der Stadtwerke Eichstätt GmbH wurde als stellvertretende Vorsitzende neugewählt. Das Führungstrio der VKU-Landesgruppe Bayern wird die strategische Ausrichtung der Landesgruppe in den kommenden Jahren gemeinsam mit dem weiteren Vorstand gestalten. Entscheidend wird sein, die nötige und bereits angelaufene Transformation von Wirtschaft und Daseinsvorsorge sozial, ökologisch und finanziell für ein lebenswertes Bayern zu gestalten.

Für die Amtszeit 2024 bis 2028 wurden Dr. Constantin Alsheimer

(Thüga AG), Dr. Robert Greb (REWAG - Regensburger Energie- und Wasserversorgung AG), Andreas Lederle (Erdwärme Grünwald GmbH), Franz-Josef Loscar (SÜC/Städtische Werke Überlandwerke Coburg GmbH), Rainer Nauerz (Stadtwerke Augsburg Holding GmbH), Dörte Schulte-Derne (Würzburger Versorgungs- und Verkehrs GmbH), Ludwig Sigl (Wasserverband Mallersdorf), Dr. Karin Theilen (Stadtwerke München GmbH) sowie Rainer Wendl (Energie Südbayern GmbH) neu in den Vorstand gewählt. Dem Gremium gehören neben den gewählten Vertretern aus den kommunalen Unternehmen und (Ober-)Bürgermeistern aus Bayern auch als Gäste Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, der Bayern-LB, des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes sowie Herr Ingbert Liebing als VKU-Hauptgeschäftsführer an.

Eine vollständige Liste der Vorstandsmitglieder der jeweiligen Unternehmenszugehörigkeit sowie der Gäste findet sich auf der Website der VKU-Landesgruppe Bayern (<https://www.vku.de/verband/struktur/vku-in-den-laendern/bayern/>).

An die Mitgliederversammlung, zu der Vertreter aus den 222 bayerischen Mitgliedsunternehmen eingeladen waren, schloss sich die zweitägige Landesversammlung mit rund 100 Teilnehmern an. Die VKU-Landesgruppe begrüßte unter anderem die Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres) und Thorsten Glauber (Umwelt) sowie mit Holger Dremel (CSU), Florian Streibl (Freie Wähler), Barbara Fuchs (Bündnis90/Die Grünen) und Horst Arnold Vertreter der im Bayerischen Landtag etablierten Parteien.

Die Themen Transformation, die zukünftige Finanzierung der Infrastruktur sowie Klimaschutz und -anpassung stehen unter dem Motto „Gemeinsam die Daseinsvorsorge für Morgen gestalten“. „Die Daseinsvorsorge steht in den nächsten Jahren vor großen Aufgaben. Die Landesversammlung zeigt einmal mehr, dass wir ihnen dank einer aktiven und zukunftsgewandten Kommunalwirtschaft optimistisch entgegenblicken können“, stellte Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer abschließend fest. **□**

Energy Efficiency Award für Veldener Unternehmen

Auf dem diesjährigen dena Energiewende-Kongress in Berlin wurden fünf bundesdeutsche Unternehmen für ihre herausragenden Leistungen im Bereich Energie- und CO₂-Einsparung mit dem Energy Efficiency Award 2024 ausgezeichnet. Als einziger bayerischer Vertreter durfte sich die Schaltbau GmbH aus Velden bei Landshut über einen Preis in der Kategorie „Von clever bis digital! Die Bandbreite der Energieeffizienz“ freuen.

Schaltbau ist ein weltweit führendes Unternehmen, das sich auf Gleichstrom spezialisiert hat und Produkte und Lösungen anbietet, die Elektrifizierung in den Bereichen Bahn, Energie und E-Mobilität ermöglichen. Mit einem breiten Portfolio an Schützen, Steckverbindern, Schaltern und Sicherheitskomponenten werden Partner und Kunden bei der Lösung komplexer Herausforderungen unterstützt.

Am 1. September 2023 errichtete die Schaltbau GmbH in Velden die weltweit erste Gleichstromfabrik im produktiven Bereich. In dieser komplett elektrifizierten Innovationsfabrik wurde ein Gleichstromnetz im-

plementiert, das die Photovoltaik-Anlage, das Batteriesystem, die Elektroladefunktion und das automatische Kleinteilelagersystem direkt versorgt. Ein umfassendes Energiemonitoring mit spezieller Messtechnik und Sensorik hilft bei der weiteren Steigerung der Energieeffizienz, senkt Spitzenlasten und reduziert Energiekosten.

Herausforderungen bei der Umsetzung waren fehlende normative Grundlagen im Gleichstrom-Bereich, ein lückenhaftes Produktportfolio an serienreifen Gleichstromkomponenten und die Notwendigkeit, behördliche Genehmigungsverfahren anzupassen. **DK**

„Heritage Impact Assessment“ bezüglich Windkraft im Umfeld der Wieskirche

Von Thomas Wiedemann, Mediator Kanzlei Ponschab + Partner
und Berater bei kommunalen Konflikten

Energiewende oder Denkmalschutz? An dieser Frage scheiterte jahrelang die Errichtung von Windrädern im Umfeld der Wieskirche, die den besonderen Status eines UNESCO-Weltkulturerbes genießt. Jetzt liegt eine Studie vor, die in Einklang mit den Anforderungen der UNESCO geeignete Windkraft-Standorte auch im besonders sensiblen Umfeld der Wieskirche ausweist. Das angewendete Prüfverfahren gilt als wegweisend für vergleichbare Vorhaben.

Peiting im Landkreis Weilheim-Schongau wollte schon 2013 die Energiewende vorantreiben und dazu vier Windräder auf dem Gemeindegebiet aufstellen. Dem standen aber die strengen Auflagen der UNESCO entgegen. Diesen Auflagen zufolge sind im Umfeld der Wieskirche als besonders geschütztem Weltkulturerbe nur Bauvorhaben zulässig, deren Unbedenklichkeit in einem besonderen Prüfverfahren, einem „Heritage Impact Assessment“, nachgewiesen wird.

Angesichts der Kosten und des ungewissen Ausgangs verzichteten die Windkraft-Initiatoren, die örtliche Initiative „Bürgerwind“, auf das aufwendige Prüfverfahren und ließen das Vorhaben ruhen.

Peter Osterrieder, der 2020 neu gewählte Bürgermeister von Peiting, wollte es aber genau wissen und hat es geschafft, für die Wieskirche ein Heritage Impact Assessment zu initiieren. Wegen des Modellcharakters der Angelegenheit war das Landesamt für Denkmalpflege sogar dazu bereit, einen Großteil der Kosten zu übernehmen. Die Untersuchung fand im

Rahmen eines Kommunalen Denkmalkonzepts (KDK) statt. Das ist ein Planungsinstrument, das bayerische Kommunen dabei unterstützt, die Anforderungen des Denkmalschutzes bei



Thomas Wiedemann. □

der Ortsentwicklung proaktiv einfließen zu lassen.

Im Umfeld der Wieskirche wurde akribisch erfasst, welche Elemente – also Landschafts- und Kultur-Denkmal – die besondere visuelle und spirituelle Wirkung der Region ausmachen, und auf welche Flächen

diese Wirkung eingegrenzt werden kann.

Weiter wurde anhand topographischer Daten und Begehungen ermittelt, wo Pilgerpfade zu berücksichtigen sind und wo, unabhängig davon, Sichtverbindungen zur Kirche bestehen und wo nicht – bis zu einer Bauwerks-Höhe von 240 Metern und darüber.

Die Erstellung des KDK nahm über ein Jahr in Anspruch und wurde von einem „Runden Tisch“ begleitet, an dem unter anderem das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, der Landkreis, betroffene Gemeinden, Gutachter und nicht zuletzt Vertreter der UNESCO teilgenommen haben.

Kommunales Denkmalkonzept

Erstes Ergebnis des KDK ist eine genaue Analyse und kartographische Darstellung im Umkreis der Wieskirche, aus der hervorgeht, welche Standorte für Windräder grundsätzlich nicht in Frage kommen, welche grundsätzlich und welche bedingt geeignet sind. Die in Peiting geplanten Standorte gehören demnach zu den wenigen für Windräder gut geeigneten Flächen im Umfeld der Wieskirche. Es wird aber auch die Forderung der UNESCO nach einem Heritage Impact Assessment (HIA) bestätigt.

Diese speziell auf den konkreten Standort ausgerichtete Un-

tersuchung wurde dann auch noch im Rahmen des KDK vorgenommen, liegt inzwischen vor und ist auf peiting.de einsehbar.

Diesem HIA zufolge wird das Landschaftsbild im Umfeld der Wieskirche durch die Peitinger Windräder insbesondere aufgrund der Entfernung von mehr als 10 km nicht wesentlich beeinträchtigt. Weiter sind aufgrund der topographischen Beschaffenheit nur wenige Sichtverbindungen möglich, denen allesamt eine lediglich untergeordnete Wirkung beschieden wird.

Um die Auswirkungen der am geplanten Standort Peiting geplanten Windräder so gering wie möglich zu halten, wurden folgende Empfehlungen ausgesprochen:

- Ausreichend Abstände zwischen den Windrädern, um optische Überlappung zu vermeiden
- Farblich unauffällige und nicht reflektierende Anstriche
- Ausrichtung der Befehrerung auf Flughöhe
- Abschaltung der Anlagen bei Wallfahrten

Mit diesem Prüfungsergebnis steht den neuen Windrädern in Peiting erst mal nichts mehr im Wege und Bürgermeister Osterrieder erwartet jetzt den Bauantrag der Initiative „Bürgerwind“.

Aus seiner Sicht hat sich der Aufwand gelohnt: „Das KDK hat gezeigt, dass erneuerbare Energien auch in einer kulturell schützenswerten Umgebung, wie im Pfaffenwinkel, möglich sind. Peiting wird damit in die Lage versetzt, einen bedeutenden Anteil des eigenen Stromverbrauchs selbst auf nachhaltige Weise zu erzeugen. Und unsere Bürgerinnen und Bürger können dabei auch finanziell profitieren, da ihnen bei der Finanzierung eine Beteiligung angeboten wird.“ □

„European Energy Award“ für neun Landkreise und Kommunen

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber hat in Scheidegg den „European Energy Award“ (eea) verliehen. Im Fokus der Auszeichnung stehen Energieeinsparung, effiziente Nutzung von Energie und die Steigerung des Einsatzes regenerativer Energien.

Der Markt Kaufering entwickelt als Bauherr sieben gemeindeeigene Mehrgeschosswohnhäuser mit 120 Wohneinheiten. Dadurch entstehen bezahlbarer Miet-Wohnraum und ein autofreies Wohnquartier. Gebaut wird mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz.

In der Stadt Immenstadt haben Klimaschutz und Nachhaltigkeit lange Tradition. Das neueste Highlight der Klimaschutzpolitik ist ein Batterie-Großspeicher in der Nähe des Umspannwerks. Hier soll in Zukunft der Strom für einen Tag für rund 3.500 Haushalte gespeichert werden.

Die Stadt Sonthofen setzt auf klimafreundliche Mobilität: Ein neugestaltetes Mobilitätszentrum am Sonthofener Bahnhof, der neue Busbahnhof sowie ein Carsharing-Angebot mit drei Elektrofahrzeugen sind der Beleg für das langjährige Engagement für mehr Klimaschutz.

Die Stadt Königsbrunn setzt ebenfalls auf klimafreundliche Mobilität: Klimaneutrale Straßenbahnen und neue Elektrobusse entlasten die Klimabilanz der Stadt um rund 250 Tonnen CO₂ pro Jahr. Die Stadt Königsbrunn wird zum zweiten Mal mit dem „European Energy Award“ ausgezeichnet.

Die Stadt Kempten will bis 2025 klimaneutral sein. Das Busnetz soll bis 2025 vollständig elektrisch betrieben werden und zu 90 Prozent energieautark sein. Zudem unterstützt die Stadt viele Schulen auf dem Weg zur Klimaschule. Der Landkreis Kulmbach ist Wasserstoff-

modellregion HyStarter des Bundes. Mit engagierten Unternehmen hat der Landkreis die Beteiligungsgesellschaft H2KU GmbH gegründet, um eine Wasserstofftankstelle für LKW und PKW zu bauen. Zudem können unter anderem für alle Gebäude und Grundstücke im Landkreis die Potenziale für Photovoltaik und Solarthermie online abgerufen werden.

Der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge geht seinen „Wunsiedler Weg“ konsequent weiter. Der Aufbau regionaler Erzeugungskapazitäten, die Verknüpfung mit lokalen Abnehmern bis hin zur eigenen Wasserstoffproduktion mit Großspeichern zeigen, wie regionale Energiewende funktioniert.

Der Landkreis Neu-Ulm (bei der Verleihung nicht anwesend) setzt mit dem Fernwärmenetz der Fernwärme Weißenhorn GmbH ein zentrales Klimaschutzprojekt um. Der stetige Auf- und Ausbau hat bislang Einsparungen von 33.000 Tonnen CO₂-Äquivalenten ermöglicht.

Das Energieteam des Marktes Scheidegg (Auszeichnung Gold) hat gemeinsam mit der Verwaltung eine einmalige Selbstbauaktion für Balkonsolaranlagen auf die Beine gestellt. Das Besondere: Alte PV-Module wurden upcyclet. Erfolge gibt es auch im ÖPNV: Eine grenzüberschreitende Buslinie verbindet Scheidegg und Bregenz in Vorarlberg. Bereits zum zweiten Mal erhält der Markt Scheidegg den „European Energy Award“ in Gold. □

Erster Kabeleinzug in Bayern:

SuedOstLink wird Realität

TenneT erreicht mit dem ersten Kabeleinzug beim Gleichstromprojekt SuedOstLink einen weiteren Meilenstein für die Energiewende in Deutschland. Nachdem die Bundesnetzagentur am 27. September 2024 den Planfeststellungsbeschluss für den bayerischen Abschnitt C1 von Münchenreuth im Landkreis Hof bis Marktredwitz im Landkreis Wunsiedel erteilt hat, startete TenneT umgehend mit den Vorbereitungen. In diesem Bauabschnitt sind daher teilweise bereits die etwa 1,90 Meter tiefen Kabelgräben ausgehoben, Schutzrohre verlegt sowie Horizontalspürbohrungen ausgeführt. Mit dem ersten Kabeleinzug bei Münchenreuth startet nun eine wesentliche Bauaktivität in der Umsetzung dieses Schlüsselprojekts der Energiewende.

Tim Meyerjürgens, COO von TenneT, sagt: „Der erste Kabeleinzug für SuedOstLink markiert einen entscheidenden Schritt hin zu einem zukunftsfähigen Stromnetz, das unsere Versorgung sicherer, kostengünstiger und klimafreundlicher macht. Das Projekt wird gebaut und Realität – das ist Energiewende in der Umsetzung. Und genau mit diesem Tempo und Engagement müssen wir weitermachen, um die Energiewende in Deutschland erfolgreich umzusetzen.“

Baublauf und logistische Meisterleistung beim Kabeleinzug

Der Bauablauf für SuedOst-



Erdkabeleinzug von Kabeltrommel in Muffengrube.

Bild: TenneT

Link, an dem auch der Kabelhersteller Prysmian maßgeblich beteiligt ist, folgt einem präzisen und logistisch anspruchsvollen Zeitplan, der Grundlage für die sichere und nachhaltige Verlegung der Gleichstromkabel schafft. Zunächst werden die etwa 1,90 Meter tiefen Kabelgräben ausgehoben und die Schutzrohre verlegt, die die Stromkabel schützen. Anschließend werden die Kabelgräben wieder verfüllt.

Wo SuedOstLink Straßen, Gleise oder Flüsse kreuzt, kommen besondere Bau- und Verlegeverfahren zum Einsatz, wie zum Beispiel Spühhrohrverfahren (HDD), Pressbohrverfahren oder Mikrotunnelbauverfahren.

Für diese Verlegeverfahren werden je nur eine Start- und Zielgrube als Anfangs- und Endpunkt sowie Flächen für die Baustelleneinrichtung benötigt.

Die Kabeltrommeln werden vom Bayernhafen Regensburg oder Hafen Kelheim mittels Schwerlasttransport punktgenau zur Baustelle transportiert. Danach erfolgt der Kabeleinzug: dafür werden sogenannte Muffengruben ausgebaut. Die Kabel werden dort mithilfe einer Seilwinde in die Schutzrohranlage eingezogen und miteinander verbunden. Jeder Kabeleinzug entspricht der Länge einer Kabeltrommel von bis zu 1,7 Kilometern Länge. Nach Abschluss der Arbeiten wird die Muffengrube zurückgebaut und die Leitung ist vollständig unterirdisch.

Inbetriebnahme ab 2027

Im Laufe der nächsten Monate werden in den fertiggestellten Bauabschnitten sukzessive weitere Kabel eingezogen und fertiggestellt. Der gesamte Prozess ist auf eine möglichst unterbrechungsfreie und termingerechte Umsetzung ausgelegt, damit SuedOstLink ab 2027 in Betrieb gehen kann.

Der SuedOstLink wird nach seiner Fertigstellung Windstrom aus dem Norden und Osten Deutschlands in den Süden transportieren, aber auch Sonnenstrom aus Bayern in den Norden. Das Projekt stärkt die Versorgungssicherheit in ganz Deutschland, indem die neue Leitung große Strommengen transportieren und Netzengpässe auflösen kann, wodurch zusätzlich kostspielige Netzeingriffe vermieden werden. □



Heimisches Biogas aus Reststoffen

energie
schwaben

Grünwald nutzt das große Potenzial der Geothermie:

Spatenstich für das neue Werk Laufzorn II

„Grünwald hat gleich in mehrfacher Hinsicht Glück“, so eröffnete Grünwalds Erster Bürgermeister Jan Neusiedl seine Rede anlässlich des Spatenstichs für das neue Geothermie-Werk Laufzorn II, und fuhr fort: „Einmal gibt es bei uns in rund 4.000 Metern Tiefe eine Schicht mit Wassertemperaturen von fast 130 Grad Celsius und dann haben wir vor über 15 Jahren im Gemeinderat beschlossen, den Schatz unter unseren Füßen zu heben. Die Entscheidung für Geothermie in Grünwald fiel, als die Bundesregierung die enormen Möglichkeiten der Technik noch gar nicht richtig auf dem Radar hatte.“

Rund 200 Millionen Euro hat die Gemeinde Grünwald bisher investiert. – Für Bohrungen, das Heiz- und Stromkraftwerk in Laufzorn sowie in das inzwischen rund 110 km lange Fernheizwerk inklusive der Hausanschlüsse. Rechtzeitig und konsequent wurde auf das große Potenzial der Geothermie gesetzt. – Übrigens die umweltfreundlichste und effizienteste Art der Wärmeherzeugung und die beste Lösung der Energiewende.

Und die Nachfrage gibt Grünwald Recht. 2022 war der Anschluss von 100 Haushalten geplant, tatsächlich wurden 423 neue Verträge abgeschlossen. 2023 haben wir 170 Haushalte neu angeschlossen. Für 2024 rechnen wir mit rund 150

neu gebauten Anschlüssen.

Die heutige Anlage in Laufzorn wird den langfristigen Bedarf nicht mehr alleine decken können. Deshalb investiert die Gemeinde in eine zweite Tiefenbohrung, die auf der Anlage Laufzorn II entstehen wird.

Erfolgreiche Probebohrungen

Die geologischen Voruntersuchungen und die zu erwartenden Bohrergebnisse stimmen positiv. Unter strengen ökologischen Auflagen haben im Dezember 2023 die letzten intensiven Baugrunduntersuchungen stattgefunden, die im Ergebnis grünes Licht für die weiteren Planungen und Arbeiten gege-

ben haben. In diesem Frühjahr wurden erfolgreich Probebohrungen durchgeführt. Durch sie steht nun fest, dass der Untergrund bestens für eine sichere Bohrung geeignet ist. – Er muss künftig nicht nur das Fundament für die mehr als 700 Tonnen schwere Bohranlage tragen, sondern auch sicheres Arbeiten an der Tiefenbohrung gewährleisten.

Terminplan

Im Sommer wurde begonnen, den Bohrplatz sukzessive einzurichten, natürlich unter Einhaltung aller naturschutzrechtlichen Schutzmaßnahmen. Im Frühjahr 2025 wird mit der Bohrung bis zu einer Tiefe von rund 4.000 Metern begonnen werden. Nach Fertigstellung der letzten Bohrung und dem Abbau der Bohranlage kann voraussichtlich 2026 mit dem Bau der Oberstageanlage und dem Bau des Heizwerks begonnen werden. Ab der Heizperiode 2027/2028 soll die Einspeisung ins Fernwärmenetz erfolgen.

Bürgermeisterappell „Zusammen erfolgreich erneuerbar“:

Der Wind hat sich gedreht

Es war ein trüber Herbsttag, an dem der raue Wind auf der Trabelsdorfer Höhe, einem Höhenzug zwischen Main- und Aurachtal zu spüren war. Treffpunkt war das Windrad an der Straße zwischen Weiher und Trabelsdorf auf einer Höhe von 360 Meter. Vom dichten Nebel umhüllt waren die fast nicht zu hörenden Rotoren vom Lösel Windrad. Unüberschaubar war auch die im Bau befindliche 20 Megawatt PV-Anlage neben dem Windrad. Bei frostigen 6 Grad trafen sich auf Einladung des Mitinitiators des Bürgermeisterappells „Zusammen erfolgreich erneuerbar“, Altbürgermeister Helmut Krämer (CSU) aus Heiligenstadt und des Sprechers des Bürgermeisterappells, Bürgermeister Christian Porsch (Unabhängige Bürgervertretung, Speichersdorf) Pressevertreter und Fachleute im Windrad, um noch einmal aufzuzeigen, wie wichtig die Windkraft für das Gelingen der Energiewende, zu der es nach den Worten Krämers keine Alternative gibt, ist.

„Da müssen wir noch gewaltig zulegen“ so der Betreiber des Windparks, Roland Lösel in seinem Eingangsstatement. Roland Lösel zeigte die Vorteile der Windkraft am Beispiel seiner Anlage deutlich auf. Damals gab es auch Widerstände. Heute, und das bestätigten auch die Bürgermeister aus Lisberg, Michael Bergrab sowie die benachbarten Rathauschefs aus Matthias Krapp, Priesendorf und Regina Wohlpart, Viereth. Auch beim Landratsamt Bamberg sind keinerlei Beschwerden bekannt. Vieles von den Behauptungen gegen die Windkraft konnte widerlegt werden und habe sich als unwahr herausgestellt.

432 Unterzeichner

Bürgermeister Christian Porsch zeigte auf, was sich seit dem Bürgermeisterappell alles bewegt hat. Diesen Appell zur Beschleunigung der Energiewende haben im vorigen Jahr 432 Rathauschefs unterzeichnet. Bereits vorher war man aktiv, als es um die Änderung der in Bayern über ein Jahrzehnt gültigen 10 H-Regel ging. Durch diese Regelung ist die Windkraft ins Erliegen gekommen. Das hat sich geändert. Durch das Windan-Land-Gesetz gibt es strenge Flächenvorgaben für Windenergieanlagen. Bundesweit müssen es 2 Prozent sein. In Bayern sind es mindestens 1,8 Prozent der Landesfläche. In anderen Bundesländern ist es unterschiedlich, so gelten für manche Bundesländer bis 2032 sogar 2,2 Prozent.

Um diese Ziele zu erreichen, gab es Lockerungen beim Artenschutz, Natur- und Denkmalschutz. In Bayern sind al-

le 18 Planungsverbände unterwegs, um die Flächenziele zu erreichen.

Dabei sieht Altbürgermeister Krämer beim Ausbau der Windenergie große Chancen für die ländlichen Regionen. Die Diskussion an den Stammtischen und in der Gesellschaft haben sich gedreht. Das haben viele Bürgermeister erkannt und sich auf den Weg gemacht. Neben der Wertschöpfung (Pachteinnahmen, Gewerbesteuer, Bürgerbeteiligung bei den Anlagen) haben es die Kommunen in der Hand und können selbst Projekte auf den Weg bringen oder mit Projektpartner kooperieren, mit dem Ziel günstigen Strom für ihre Bürger anbieten zu können. Die Gemeinden können damit auch noch zusätzliche Einnahmen generieren, denn das Bayerische Beteiligungsgesetz soll Anfang 2025 in Kraft treten. Danach gehen zukünftig 0,2 bzw. 0,3 Cent pro Kilowattstunde an die Kommunen. Deshalb ist die Flächensicherung durch die Kommunen das Gebot der Stunde. „Wer die Flächen hat, kann gestalten“ so Krämer.

Windpark in Weißenbrunn kurz vor der Umsetzung

Wie das funktionieren kann, demonstrierte Bürgermeister Jörg Neubauer (SPD) mit seinem Rathausmitarbeiter Marius Conci eindrucksvoll. Neubauer hat sich rechtzeitig auf den Weg gemacht, die Flächen zu sichern und steht mit seinem Windpark in der Gemeinde Weißenbrunn, Landkreis Kronach nach der EEG-Ausschreibung kurz vor der Umsetzung. Mit fünf Bürgerwindrädern der Firma Normalwind hat sich rechtzeitig auf den Weg gemacht, die Flächen zu sichern und steht mit seinem Windpark in der Gemeinde Weißenbrunn, Landkreis Kronach nach der EEG-Ausschreibung kurz vor der Umsetzung. Mit fünf Bürgerwindrädern der Firma Normal-

von 34 Megawatt wird er seine Region mit umweltfreundlichem Strom versorgen können. Ziel aller Kommunen sollte sein, die Chancen des Windenergie-Ausbaues, gemeinsam nutzen, so Neubauer.

Windkümmerer als Berater der Gemeinden

Eine wichtige Aufgabe haben dabei die von der Bayerischen Staatsregierung eingesetzten Windkümmerer, die die Gemeinden beraten. Der für den westlichen Teil Oberfrankens zuständige Windkümmerer Hubert Tremel-Franz informierte über seine Aufgabe, Bürgerwindkraftanlagen in Vorranggebieten umzusetzen. Fast jede zweite Gemeinde in der Planungsregion Oberfranken West, die die Landkreise Forchheim Bamberg, Lichtenfels, Coburg und Kronach umfasst beabsichtigt sich bei der Windkraft zu engagieren, so die Einschätzung von Altbürgermeister Krämer, der die Arbeit in vielen Planungsregionen kennt. Die Vorzüge der Windkraft bei der Flächeninanspruchnahme sind für den Behördenleiter des Amtes für Landwirtschaft Bamberg, Konrad Schrottenloher klar auf der Hand. Die benötigte Fläche für eine 7 MW-Anlage beläuft sich auf nur ca. 3- 4.000 Quadratmeter. In der Konkurrenz zu Photovoltaik-Freiflächenanlagen ist die Windkraft unschlagbar.

Chance der Regionalplanung Wind nutzen

In den nächsten Tagen werden die mit den Gemeinden abgestimmten Flächen für die Vorranggebiete in den Regionalen Planungsverbänden Oberfranken West und Westmittelfranken bekanntgegeben. Die anderen Planungsverbände werden folgen. Auch wenn es noch andere Baustellen bei der Energiewende, wie Netzausbau, Speicherkapazitäten usw. gibt, waren sich im Windrad in Trabelsdorf doch alle Kommunalpolitiker einig: Die Gemeinden müssen die Chance der Regionalplanung Wind nutzen und die Energiewende mitgestalten. □

Ist Laufzorn II in Betrieb, schafft Grünwald eine maximale Unabhängigkeit bei der Wärmeversorgung und die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern.

Andreas Lederle, Geschäftsführer der Erdwärme Grünwald, wird's gleich ganz warm um's Herz, wenn er daran denkt, wie viele Hürden das Projekt bis jetzt schon genommen hat und welche großen Schritte noch folgen. „Herzlichen Dank an die Gemeinde Grünwald, die einer Investitionssumme von rund 150 Millionen Euro zugestimmt hat. Vor allem auch dann, wenn es keine BEW-Förderung gegeben hätte.“

Staatliche Fördermittel

Frühzeitig hat sich die Erdwärme Grünwald mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und staatlichen Fördermitteln auseinandergesetzt. So konnten die komplexen Voraussetzungen für den Fördermittelantrag erarbeitet und eingereicht werden. Nach monatelanger Bewilligungspause kam im Sommer dieses Jahres die gute Nachricht: der Antrag zur Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) wurde bewilligt. Werden die Fördermittel ausgeschüttet, erhält die Erdwärme Grünwald 61 Millionen Euro, die zweckgebunden für Laufzorn II verwendet werden.

„Herzlich danke ich unseren Partnern, die uns bisher so erfolgreich unterstützt haben und bei den nächsten wichtigen Schritten begleiten werden. Ganz besonders danke ich der Firma Erdwerk, dem Planungsbüro für Geologie, der Firma Anger, die die Tiefenbohrung vornehmen wird, der Firma Pfaffinger, die für den Bohrplatzbau verantwortlich ist und nicht zuletzt dem Planungsteam von Drees & Sommer. Gemeinsam erweitern wir das jetzt schon größte geothermische Fernwärmenetz Zentralluropas und schaffen Werte für die Zukunft. Uns allen, Glück auf!“ so Andreas Lederle. □

Holzhackschnitzel richtig lagern

Der Klimawandel hat die bayerische Forstwirtschaft fest im Griff: Auf Stürme und Hitze folgt meist der Borkenkäfer - das führte auch im vergangenen Jahr erneut zu hohen Schadholzmengen. Mit dem Häckseln von Waldrestholz haben Waldbesitzer eine effektive Maßnahme zur Hand, die weitere Ausbreitung des Borkenkäfers einzudämmen.

Doch was ist eigentlich für eine fachgerechte und ordnungsgemäße Lagerung der Holzackschnitzel zu beachten? Auf häufig gestellte Fragen gibt die LWF mit ihren neuen „FAQs zur Lagerung von Holzackschnitzeln“ die richtige Antwort.

Rund 8 Mio. Kubikmeter Holzackschnitzel stellte die bayerische Forstwirtschaft im Jahr 2023 bereit. Ein großer Teil dieser Menge fällt unplanmäßig im Sommer an und somit zeitlich entkoppelt vom tatsächlichen Brennstoffbedarf in den Biomasseheizwerken. „Aus Waldschutzgründen ist es jedoch häufig notwendig, das vom Borkenkäfer befallene Waldrestholz umgehend zu häckseln und somit eine weitere Ausbreitung der Borkenkäfer zu verhindern“, erklärt Dr. Peter Pröbstle, Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft.

Bis zur Verbrennung werden die Holzackschnitzel daher oft für einige Monate im Wald oder am Waldrand gelagert. Dabei sind Hackschnitzel der Witterung ausgesetzt: Mit dem Niederschlagswasser können organische Verbindungen aus dem Hack-



V.l.: Ferdinand Hülß, Projektleiter Erdwärme Grünwald; Katharina Klaffs, Erdwerk; Wolfgang Panzer, Bürgermeister von Unterhaching; Andreas Lederle, Geschäftsführer Erdwärme Grünwald; Jan Neusiedl, Grünwalds Erster Bürgermeister; Alexandra Keller, Projektsteuerung Drees & Sommer; Uwe Schindler, Anger. Bild: EWG

„Biogas ist mehr! Aus der Landwirtschaft für Bayern“

Abschluss der bayernweiten Informationskampagne

„Die nächsten Jahre werden Schicksalsjahre für die Betreiber von Biogasanlagen. Wir fordern deshalb als Bayerische Staatsregierung den Bund schon lange auf, endlich die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass für die Landwirte ein auskömmlicher Weiterbetrieb möglich wird“, betonte die bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber zum Abschluss der bayernweiten Informationskampagne „Biogas ist mehr! Aus der Landwirtschaft für Bayern.“

Kaniber appellierte anlässlich des Fachgesprächs „Biogas ist Blühfläche! – Wildpflanzen als Substrat“ und des Besuchs einer Biogasanlage erneut in Richtung Berlin: „Die ständig ideologisch getriebene Diskriminierung der Biomasse aus der Land- und Forstwirtschaft durch den Bund ist eine ernsthafte Gefahr für die Energiewende! Wir brauchen aus Berlin endlich Erleichterungen für die Betreiber unserer Anlagen, sonst werden wir in naher Zukunft eine wichtigste Wertschöpfung für den ländlichen Raum verlieren.“

Vielen Anlagen droht das Aus

Die aktuellen Rahmenbedingungen für die bayerischen Anlagen haben sich dramatisch verschlechtert: Viele Anlagen verlieren in den nächsten Jahren die Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Ihnen

droht dann mangels Wirtschaftlichkeit das Aus. Voll leistungsfähige Anlagen laufen Gefahr, nur noch als Investitions- und Bauruine zu bestehen. Konkret müsse laut Kaniber das Ausschreibungsvolumen der Bundesnetzagentur für Biomasseanlagen auf mindestens 1.200 Megawatt jährlich erhöht werden, denn die letzten Ausschreibungen waren dreifach überzeichnet. „Das bedeutet, dass zwei Drittel der Biogasanbieter eine Absage erhielten, obwohl sie unter dem festgelegten Höchstwert angeboten haben“, so die Ministerin.

Bayern drängt zudem auf eine deutliche Erhöhung des Flexibilitätsschlags von 65 Euro auf 120 Euro, wenn die Anlage flexibel vor allem dann Energie liefert, wenn die Nachfrage im Netz höher ist. Außerdem fordert der Freistaat einen Klimazuschlag für besonders klimafreundliche Substrate, da diese für den Anlagenbetreiber mit höheren Kosten verbunden sind.

Die Agrarministerin hob in diesem Zusammenhang nochmals die Vorteile von Biogas hervor: „Biogas ist ein Multitalent und elementarer Baustein der Energiewende in Bayern und kann nachhaltig aus nachwachsenden Rohstoffen Strom, Wärme oder Kraftstoff liefern. Und zwar auch dann, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht.“ Für Bayern stellt die Biogaserzeugung einen wichtigen und zudem, grundlastfähigen Baustein der Energiewende dar und sorgt für Wertschöpfung im ländlichen Raum. Jede vierte deutsche Biogasanlage steht in Bayern. Aktuell gibt es in Bayern 2.750 Biogasanlagen mit einer elektrischen Leistung von 1.450 Megawatt. Das entspricht ungefähr der Leistung des Kernkraftwerks Isar 2, das seit dem vergangenen Jahr nicht mehr am Netz ist.

Um die vielfältigen Möglichkeiten der Biogaserzeugung bekannter zu machen, hat das Landwirtschaftsministerium das Centrale Agrar-Rohstoff Marketing- und Energie-Netzwerk (C.A.R.M.E.N. e.V.) beauftragt, im Jahr 2024 eine Informationskampagne durchzuführen. In Fachgesprächen in allen Regierungsbezirken sowie bei Messeauftritten und in den Sozialen Medien wurde über Biogas im Öko-Landbau, alternative Substrate wie zum Beispiel Blüh- und Wildpflanzen oder Gülle, Güllekleinanlagen sowie Gärproduktmanagement informiert. C.A.R.M.E.N. e.V. ist die Koordinierungsstelle für nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien mit Sitz im Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Straubing. □

schnitzelhaufwerk über das Sickerwasser in Boden und Gewässer eingetragen werden.

FAQs geben nützliche Informationen

Um eine ordnungsgemäße Lagerung der Hackschnitzel auch unter Berücksichtigung der wasserrechtlichen Anforderungen zu unterstützen, haben die Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF) und das Landesamt für Umwelt (LfU) gemeinsam die „FAQs zur Lagerung von Holzackschnitzeln“ erarbeitet.

Hier finden alle Akteure und Interessierte rechtliche Hinweise darauf, welche Belange des Wasserrechts und Naturschutzes zu berücksichtigen sind. Darüber hinaus geben die FAQs nützliche Informationen zur fachgerechten Lagerung und zu den technischen Anforderungen, die Lagerplätze für Holzackschnitzel erfüllen müssen. Eine Übersicht der zuständigen Ansprechpartner erleichtert und beschleunigt die Klärung von Fachfragen.

Link zur Internetseite „FAQs zur Lagerung von Holzackschnitzeln“: https://s.bayern.de/faq_hackschnitzellagerung □

Landesverbandsversammlung des LFV Bayern in München:

Im Zeichen des Katastrophenschutzes

Angesichts immer häufigerer Hochwasserlagen und Waldbränden stand auch die 31. Landesverbandsversammlung des LFV Bayern in München ganz im Zeichen des Katastrophenschutzes. „Die Feuerwehren in Bayern sind gut aufgestellt“, unterstrich Verbandsvorsitzender Johann Eitzenberger. Auch in der Hochwasserlage im Juni, in der die Freiwilligen Feuerwehren den Großteil der Fluthelfer stellen, habe man nicht die Grenzen des Leistbaren überschritten.

Die rund 330.000 Feuerwehrdienstleister haben 2023 im Freistaat laut Eitzenberger über 29 Millionen Einsatzstunden geleistet – den Großteil davon die Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehren. Mehr als 293.000mal wurden die Aktiven alarmiert. Die in Häufigkeit und Schwere zunehmenden Extremwetterereignisse zeigten sich damit auch in den Einsatzzahlen immer deutlicher.

Round Table-Gespräch

Gleichwohl wurde insbesondere im Impulsreferat von Dr. Konstantinos Tsetos, Head of Foresight an der Universität der Bundeswehr München, deutlich, wie stark sich die Welt derzeit wandelt und welche großen Herausforderungen damit auch auf Bayern und die bayerischen Feuerwehren zukommen werden. In einem Round Table-Gespräch diskutierten Johann Eitzenberger, Innenminister Joachim Herrmann, Dr. Konstantinos Tsetos (Head of Foresight an der Universität der Bundeswehr München), Prof. Dr. Markus Bresinsky von der Ostbayerischen Technische Hochschule Regensburg, Marc Kuntz, Mitglied der Geschäftsführung der Magirus GmbH und KBR Markus Barnsteiner, Vorsitzender des Bezirksfeuerwehrverbandes Schwaben, die Zusammenarbeit und die Herausforderungen im Katastrophenschutz, Zivilschutz und Bevölkerungsschutz.

Verbesserungsbedarf

Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass es einer noch strukturierteren organisationsübergrei-

fenden Zusammenarbeit bedarf, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Auch in den Strukturen – ob bei behördlichen Einrichtungen, rechtlichen Rahmenbedingungen oder den Informationssystemen für den Einsatzfall – wurden Verbesserungsbedarfe gesehen.

Katastrophenschutz Bayern 2025

Das in enger Abstimmung mit dem LFV Bayern und weiteren Hilfsorganisationen entstandene Konzept „Katastrophenschutz Bayern 2025“ des Freistaats Bayern enthält bereits zahlreiche Nachjustierungen dieser Stell-schrauben, wie auch Innenminister Joachim Herrmann darlegte. „Jetzt gilt es, dieses Konzept mit aller Kraft in die Umsetzung zu bringen“, formulierte Eitzenberger den eindringlichen Wunsch der bayerischen Feuerwehrführungs-kräfte. Im Rahmen der Landesverbandsversammlung eröffnete Herrmann die Feuerwehraktionswoche 2024, die heuer unter dem Motto „Nutze deine Stärken. Verändere deine Welt“ stand und darauf aufmerksam machte, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger gewinnenbringend bei den bayerischen Feuerwehren einbringen kann.

Unverzichtbarer Beitrag zur Sicherheit

„Mit dieser großartigen Initiative stellen wir jedes Jahr die wichtige Arbeit der Feuerwehrfrauen und -männer im Freistaat in den Mittelpunkt. Sie leisten – weit überwiegend ehrenamtlich – einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger“, so der Minister. „Man

muss nicht besonders stark, groß oder technisch versiert sein, um zu helfen und Teil eines starken Teams zu sein. Wirklich jeder findet seinen Platz in der Feuerwehr“, hob Herrmann hervor.

Seinen Ausführungen zufolge engagiert sich mit 96 von 100 Feuerwehrleuten der weit überwiegende Teil der Mitglieder ehrenamtlich: „Sie setzen sich neben der regulären Arbeit, der Familie und ihren weiteren Hobbies in ihrer Freizeit für ihre Mitmenschen ein. Das ist alles andere als selbstverständlich.“ Damit die Zahl der Feuerwehrleute auch für die nächsten Jahre und Jahrzehnte auf konstantem Niveau bleibt, sei es wichtig, die Werbetrommel kräftig zu rühren. „Genau das macht die Feuerwehraktionswoche und ich bin überzeugt, damit finden wir viele Menschen, die sich für das Ehrenamt in der Feuerwehr begeistern lassen“, so Herrmann.

Zahlreiche Talente kommen zum Einsatz

Ob berufliches Fachwissen aus den unterschiedlichsten Branchen oder persönliche Eigenschaften wie Neugier oder Organisationstalent, der Wunsch zu helfen oder die Faszination für Technik: In den Freiwilligen Feuerwehren kommen laut Eitzenberger zahlreiche Talente zum Einsatz. Alle könnten durch ihr Engagement Positives bewirken: das eigene Umfeld, die eigene Gemeinde und damit die eigene Welt mitgestalten, ob im Einsatzfall oder im Vereinsleben. Doch das Ehrenamt ändere nicht nur viel für andere, sondern auch viel für die Menschen selbst, die Feuerwehrdienst leisten: „Neue Erfahrungen und neue Kontakte tragen viel zur persönlichen Entwicklung bei und können den Blick auf sich selbst und die Welt ändern“, unterstrich der Verbandschef.

Ein besonderer Höhepunkt war auch in diesem Jahr die bayernweite Lange Nacht der Feuerwehr. Rund 200 Feuerwehren beteiligten sich erneut an der bayernweiten Aktion und boten den Bürgern vor Ort die Möglichkeit, die eigene Feuerwehr hautnah zu erleben. **DK**

ser waren mit ihrem Herzenswunsch-Team aus Kulmbach und Bamberg vor Ort. Mit ihren speziellen Herzenswunsch-Fahrzeugen (Kranken- und Rettungswagen) stellten sie ihr Projekt vor. „Wenn keine Zeit mehr bleibt, dann versuchen wir, Zeit zu schenken und letzte Herzenswünsche zu realisieren. Ob ein besonderer Ort, ein letztes Treffen mit Familie oder Freunden, oder das Meer oder die Berge noch einmal sehen – wir möchten Menschen in ihrer letzten Lebensphase begleiten“, erklärte Jutta Sendner-Rau weiter.

Initiative „Wir lieben das Leben“

Die Initiative „Wir lieben das Leben“ ist eine bundesweite Aktion zur Aufklärung über Brustkrebs und zur Unterstützung von Betroffenen. Sie bietet Plattformen für den Austausch, organisiert Informationsveranstaltungen und setzt sich dafür ein, das Bewusstsein für Früherkennung und Prävention zu schärfen. Mit vielfältigen Angeboten sollen nicht nur Betroffene, sondern auch ihre Angehörigen und Freunde gestärkt und unterstützt werden.

Spendenhinweis

Das Team freut sich über jede Spende für den Herzenswunsch-Krankenwagen. Mehr dazu unter: www.malteser-bamberg.de Spendenkonto: Pax Bank, IBAN: DE80 3706 0120 1201 2030 20, BIC: GENODE33PA7. **□**



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Übung.

Bild: Anna Schuber

Landkreis Donau-Ries

Übung eines Großschadens-Ereignisses bei der Firma Dehner

Gemeinsam mit der Staatlichen Feuerwehrschiele Geretsried erprobten die Führungsgruppe Katastrophenschutz des Landratsamts Donau-Ries (FÜGK), die Katastrophenschutzeinheiten des Landkreises sowie Führungskomponenten bzw. Fachberater der Polizei, des THW, der freiwilligen Hilfsorganisationen sowie der Bundeswehr im Rahmen einer sog. Stabsrahmenübung die Bewältigung eines Großschadensereignisses bei der Firma Dehner in Rain am Lech. Als fiktives Übungsszenario diente ein Gefahrgutunfall mit einem LKW und einem elektrischen Stapler.

Um möglichst realitätsnah zu üben, wurden u. a. die Meldewege exakt eingehalten und dazu eigens ein Übungsfunksystem eingerichtet, über das die Übungsleitung das Szenario steuert und die übenden Einheiten wie bei einem Echteinsatz miteinander kommunizieren konnten.

So wurde zunächst der zuständige Kreisbrandinspektor zusammen mit den nach der Alarmierungsplanung eingesetzten Feuerwehren von der Integrierten Leitstelle in Augsburg zu einem Unfall bei der Firma Dehner alarmiert. Sogleich machte er sich – vermittelt durch entsprechende Einleitungen der Übungsleitung – ein Bild von der fiktiven Lage vor Ort und informierte telefonisch einen Ansprechpartner der Führungsgruppe Katastrophenschutz. Zwischenzeitlich hatte laut Übungsszenario das auf dem LKW geladene Gefahrgut zu brennen

begonnen und auf die Lagerhalle übergelassen.

Verschiedene Hilfsorganisationen erforderlich

Zur Bewältigung des Schadensszenarios waren daher weitere Kräfte der verschiedenen Hilfsorganisationen erforderlich, die der Koordinierung durch einen sog. „Örtlichen Einsatzleiter“ bedurften. In dieser Funktion bestätigte der Ansprechpartner FÜGK den bereits im Einsatz befindlichen Kreisbrandinspektor. Zugleich wurde durch den Ansprechpartner die vollständige FÜGK nebst externer Fachberater (Polizei, BRK, THW, usw.) einberufen. Auch Vertreter der Firma Dehner wurden sowohl in die Örtliche Einsatzleitung als auch die FÜGK einbestellt. Die einzelnen Arbeitsbereiche wie Sichtung, Maßnahmen zur Einsatzbe-

wältigung oder Bevölkerungsinformation und Medienarbeit nahmen umgehend ihre Arbeit auf. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der FÜGK war u. a. die Entscheidung über und die Vorbereitung einer möglichen Evakuierung betroffener Ortsbereiche der Stadt Rain. Grundlage für die Einsatzabwicklung war insbesondere ein bereits vorbereiteter externer Notfallplan für den Betrieb Dehner. Während der gesamten Übungszeit wurden stündlich Lagebesprechungen einberufen. Abschließend wurde auf einer fiktiven Pressekonferenz über den Gefahrgutunfall berichtet.

Die Ausbilder der Staatlichen Feuerwehrschiele aus Geretsried entwarfen nicht nur das Übungsszenario, sondern beobachteten auch die einzelnen Akteure, um Verbesserungspotenzial aufzeigen zu können.

Strukturen weiter festigen

„Diese Übung war eine gute Gelegenheit, eingespielte Strukturen weiter zu festigen und durch den Blick von außen Schwächen ausfindig zu machen“, so die stellvertretende Landrätin Claudia Marb, die während der gesamten Übungszeit mit im Übungseinsatz war. **□**

Spende an Malteser Herzenswunsch-Projekt

Kulmbach. Große Freude bei den Maltesern in Oberfranken: Der Erlös einer Tombola, die die bundesweite Brustkrebsinitiative „Wir lieben das Leben“ initiiert hatte, wurde komplett an das Malteser-Projekt „Herzenswunsch-Krankenwagen“ gespendet. Die stolze Summe von 2.740 Euro ermöglicht es den Maltesern, letzte Herzenswünsche schwerkranker Menschen zu erfüllen. „Wir sind überwältigt von der Großzügigkeit der Menschen und sagen von Herzen Danke. Diese Spende hilft uns, Menschen Freude zu schenken und letzte Wünsche zu erfüllen“, betont die stellvertretende Projektleiterin Jutta Sendner-Rau.

Der Aktionstag der Initiative in der Kulmbacher Dr.-Stammberger-Halle stand ganz im Zeichen der Brustkrebsaufklärung. In Vorträgen konnten sich Betroffene informieren, während an verschiedenen Ständen In-

formationsmaterial bereitgestellt wurde. Eine Modenschau sowie Workshops rundeten das Programm ab und boten Tipps für den Alltag, wie etwa zum Schminken nach einer Krebsbehandlung. Auch die Malte-



Das Malteser Herzenswunsch-Team freut sich über die großzügige Spende von „Wir lieben das Leben“. Bild: Malteser Kulmbach



Feuerwehrführungs-kräfte-tagung in der Oberpfalz.

Bild: Regierung Oberpfalz

Austausch, Aussprache und Vernetzung der Brandschützer:

Herbsttagung der Oberpfälzer Feuerwehrführungs-kräfte

Kümmersbruck/Theuern. Was bewegt die Feuerwehren der Oberpfalz? Bei der Herbsttagung der Feuerwehr-Führungs-kräfte standen der Austausch über aktuelle Entwicklungen, zukünftige Themen und Katastropheneinsätze der vergangenen Monate auf dem Programm.

Neben zahlreichen Inspektoren und Räten der Oberpfälzer Feuerwehren, Vertretern der Leitstellen, von THW und Werksfeuerwehrverband begrüßte Regierungspräsident Walter Jonas u. a. Ministerialrat Matthias Ott vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, den Vorsitzenden des Bezirksfeuerwehrverbandes, Kreisbrandrat Jürgen Kohl, Polizeivizepräsident Robert Fuchs sowie den Schulleiter der Staat-

lichen Feuerwehrschiele Regensburg, Rainer Emmerich.

Erfahrungsaustausch

Diskutiert wurde nicht nur die Novellierung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes, das u. a. die Anhebung der Altersgrenze für den aktiven Feuerwehrdienst über das 65. Lebensjahr hinaus vorsieht. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik und

Erfahrungen aus Einsatzlagen wie Hochwasser und Waldbrandbekämpfung waren bestimmende Themen.

Türen stehen offen

Der regelmäßige Austausch, den die Regierung der Oberpfalz jedes Frühjahr und jeden Herbst organisiert, sei ein wichtiges Forum zur Aussprache und für die Arbeit der rund 43.000 aktiven Freiwilligen im Regierungsbezirk, so Regierungspräsident Walter Jonas: „Wir alle verlassen uns auf unsere Feuerwehren, die jederzeit versuchen, Gefahren für uns alle zu verhüten oder zu bekämpfen. Wir wollen daher auch wissen, wo der Schuh drückt und welche Herausforderungen für unsere Feuerwehren bestehen. Die Türen der Regierung stehen jederzeit offen und wir versuchen zu unterstützen, wo es nur möglich ist.“ **□**

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich darf als Erste Bürgermeisterin die Anliegen der Gemeinde Dieterskirchen mit 1.035 Einwohnern vertreten.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit 1. Mai 2020 bin ich als ehrenamtliche Bürgermeisterin für die Gemeinde unterwegs.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich bin tätig als Religionslehrerin im Kirchendienst an

der Grund- und Mittelschule in Neunburg vorm Wald. Das mache ich nach wie vor sehr gerne. Allerdings habe ich mein Stundenmaß auf etwa



Fotos: Udo Kraus, Oberwiesbach

Anita Forster

Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Dieterskirchen

halbtags reduziert. So gelingt es mir relativ gut beiden Aufgaben gerecht zu werden, zumal der Sitz der Verwaltungsgemeinschaft ebenfalls in Neunburg vorm Wald ist.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Eine Aussage unseres Altbürgermeisters hat mich dazu bewegt, als Bürgermeisterin zu kandidieren. Bei seiner Aussage: „Wenn i am Kindergarten vorbeifahr, dann gfrei i mi!“ konnte man diese Freude wirklich spüren, selbst wenn ihn das Bauprojekt noch so manchen Nerv gekostet hat.

Das war die gesuchte Antwort auf meine innerliche Frage: Warum soll man sich dieses – doch sehr fordernde – Amt „antun“, zumal man sich als Fachfremde in viele Aufgabenbereiche einarbeiten muss?

Es lohnt sich! Wenn man für die Gemeinde etwas schafft, worüber man sich dann aus tiefstem Herzen freuen kann. Und die eindeutige Bilanz unseres Altbürgermeisters nach 24 Dienstjahren war, dass die schönen Momente überwiegen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Da ich zuvor noch nicht einmal Mitglied des Gemeinderates war, habe ich die öffentlichen Gemeinderatssitzungen besucht, sowie eine öffentliche Sitzung in der Verwaltungsgemeinschaft.

Ich habe mich in die Geschäftsordnung eingearbeitet und mich in grundsätzliche Themen eingelesen.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Das Herausforderndste war für mich Sachen an andere abzugeben, die ich bislang gerne ge-

macht habe. So zum Beispiel die Gartenarbeit an meinen Mann, die Übernahme der Chorleitung durch eine geeignete Nachfolgerin usw.

Auch anfallende Arbeiten noch mehr zu delegieren – und nicht alles selbst zu machen – musste ich mir stärker aneignen, um über die Runden zu kommen. Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Die Ertüchtigung unserer Kläranlage, die Erschließung eines neuen Baugebiets, sowie mein Herzensprojekt: die Erstellung eines neuen Heimatbuchs genießen aktuell Priorität. Und natürlich noch vieles mehr.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Umsetzung eines größeren Windparks in unserer Gemeinde wird uns in den kommenden Monaten noch verstärkt fordern. Die Form der Bürgerbeteiligung sowie der Gemeinde gilt es aktuell abzustecken.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Planen Sie „Termine“ für ihre Familie mit ein! Für eine gemeinsame Unternehmung darf man schon mal einen Tag vorab im Terminkalender blocken. Sie werden merken, wie oft Sie bei Terminvereinbarungen, sonst wieder etwas anderes drinstehen hätten.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Zum Beispiel mit einem Ideenwettbewerb, einem Umfragebogen fürs Heimatbuch, oder auch schon mal mit einer Abstimmung auf Instagram, ob eine Fläche als wilde Blühfläche oder gepflegte Rasenfläche im Ortskern angelegt werden soll. So bietet ich Möglichkeiten sich einzubringen.

Die Einbeziehung des Gemeinderats und der zuständigen Sachbearbeiter mit gemeinsamen Ortsterminen ist mir ebenfalls wichtig, sowie der regelmäßige Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

KI oder AI wird sich künftig noch massiver auf den Verwaltungsprozess auswirken, sowohl unterstützend als auch risikobehaftend.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Ein Spruch von Don Bosco trifft es ziemlich gut: „Fröhlich sein, Gutes tun und die Spatzen pfeifen lassen!“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als eine, die sich gekümmert hat ... und mit der man gemeinsam was in der Gemeinde bewegt und weitergebracht hat.

Sonnenstrom für Plattling

Solarpark Plattling Pielweichs II bringt regionale Energiewende voran

Der Solarpark Plattling Pielweichs II ist nach nur wenigen Monaten Bauzeit offiziell in Betrieb gegangen. Die Anlage setzt ein starkes Zeichen für nachhaltige Energieerzeugung in der Region.

Hans Schmalhofer, 1. Bürgermeister der Stadt Plattling, freut sich über den neuen Solarpark: „Unser Ziel ist es, die Energieerzeugung auf regionaler Ebene voranzutreiben und so einen direkten Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung vor Ort zu leisten. Mit dem Solarpark gehen wir einen weiteren, wichtigen Schritt, denn wir produzieren eigenen

Ökostrom, der über unsere Stadtwerke Plattling an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt vermarktet wird.“

2.300 Haushalte

Mit insgesamt 8.332 Modulen ist eine Gesamtleistung von 5,0 MWp installiert – das deckt in etwa den Jahresverbrauch von

2.300 Haushalten mit grünem Strom und spart jährlich rund 2.150 Tonnen CO2 ein.

Naturverträgliche Umsetzung

Der Solarpark befindet sich etwas außerhalb der Stadt, unterhalb des Plattlinger Stadtteils Pielweichs. Von Anfang an stand eine naturverträgliche Umsetzung der Anlage im Mittelpunkt. Daher wurden großzügige Ausgleichsflächen geschaffen, die etwa die gleiche Größe wie die Grundfläche des Solarparks haben. Diese geschützten Flächen bieten der Natur und den Tieren wertvolle Rückzugsräume. Das Projekt fördert damit die Biodiversität in der Region.

Drei starke Projektpartner

Der Solarpark Plattling ist ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt Plattling/ Stadtwerke Plattling, der Solea GmbH und der Energie Südbayern GmbH, die sich bereits im Juli 2022 zu einer gemeinsamen Betreibergesellschaft zusammengeschlossen haben – der Solarpark Plattling GmbH & Co. KG. Die Partner eint die regionale Verbundenheit, technisches Know-how und ein hohes Maß an Nachhaltigkeitsbewusstsein, was zur erfolgreichen Projektumsetzung geführt hat.



Offizielle Eröffnung des Solarparks Plattling Pielweichs II (v.l.): Stefan Kopp (Werkleiter Stadtwerke Plattling), Georg Sterner (CFO Solea GmbH), Hans Schmalhofer (1. Bürgermeister Stadt Plattling), Johanna Vaitl-Simon (Grundstückseigentümerin), Josef Lipp (Fachbereichsleiter ESB), Josef Färber (stellv. Landrat Deggendorf), Andre Schwihel (Geschäftsführer ESB EE).

Bild: ESB



Klimaschutznetzwerktreffen in Bodenmais: Klimaschutzkoordinatorin des Landkreises Regen Gudrun Unrecht (2.v.r.) und Klimaschutzmanager Alexander Achatz (8. v. r.) zusammen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

Bild: Lisa Göstl

Gemeinsame Sache für den Klimaschutz

Zweites Netzwerktreffen der örtlichen Gemeinden im Landkreis Regen

Klimaschutz erfordert Zusammenarbeit, gerade auf kommunaler Ebene. Vor diesem Hintergrund kamen kürzlich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der 24 Kommunen im Landkreis Regen zu einem zweiten überbrückenden Klimaschutznetzwerktreffen zusammen. Eingeladen vom Landkreis Regen und dem Markt Bodenmais, tauschten sich die Teilnehmenden im Sitzungssaal des Rathauses Bodenmais über drängende Fragen der Energiewende und des Klimaschutzes aus.

Bereits in der Vergangenheit haben sich die Kommunen des Landkreises Regen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative zu einem Ressourceneffizienz-Netzwerk zusammengeschlossen. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz verfolgte das Netzwerk in den letzten Jahren das Ziel, Handlungsoptionen im Klimaschutz zu identifizieren, Ressourcen effizient zu nutzen und den Erfahrungsaustausch zu fördern. Da die Förderphase des Netzwerks am 31. Dezember 2023 endete, bietet der Landkreis Regen seit diesem Jahr eine überbrückende Netzwerklösung an, um die gemeinsamen Anstrengungen nahtlos fortzusetzen.

Aktuelle Fördermöglichkeiten und neue Vorhaben im Fokus

Ein zentrales Thema des Treffens war die Vorstellung aktueller Fördermöglichkeiten und gesetzlicher Neuerungen. Vorgelegt wurden unter anderem die neue Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutzinitiative und das neue Klimaanpassungsgesetz des Bundes. Klimaschutzmanager des Landkreises Alexander Achatz ging auf den aktuellen Stand bei der Gründung der Arberland Energie GmbH ein. Mit dieser Gesellschaft, die zum 1. Januar 2025 ihre Geschäftstätigkeiten aufnehmen wird, wollen der Landkreis und 18 kreisangehörige Kommunen Projekte zur erneuerbaren Energieerzeugung entwickeln und dabei gleichzeitig die regionale Wertschöpfung ins Auge fassen.

Klimaschutzkoordinatorin Gudrun Unrecht präsentierte dar-

über hinaus mehrere Projekte, die derzeit umgesetzt werden. So wird für sieben Kommunen aktuell eine detaillierte Energie- und CO2-Bilanz erstellt; die restlichen Gemeinden folgen 2025: „Ziel ist es, dass jede Gemeinde oder Stadt im Landkreis Regen über eine Bestandsaufnahme verfügt, um im Nachgang in die Maßnahmenentwicklung zu gehen und zudem auch den lokalen Energie- und Wärmeverbrauch jährlich im Blick halten zu können“, so Unrecht. Auch die Schulen und Kitas profitieren von neuen Initiativen. Die Projekte „Klimaspürnasen“ und die Auszeichnung als „Klimaschule Bayern“ vermitteln den Kleinsten erste Grundlagen zum Klimaschutz.

Zudem gibt es zwei neue Projekte: Mit der „Energiekarawane“ soll in Zusammenarbeit mit dem Verbraucherservice Bayern die Energieberatung aktiv in ausgesuchten Siedlungen innerhalb einzelner Gemeinden angeboten werden. Parallel dazu wurde die „Zukunftsschmiede Arberland“ ins Leben gerufen, eine Schulungsreihe für Verwaltungsmitarbeiter. Das Azubi-Projekt „Kommunale Klimascouts“ ist ein weiteres Beispiel für die nachhaltige Nachwuchsförderung im öffentlichen Dienst.

Projekte der Gemeinden

In der anschließenden Diskussionsrunde standen die Projekte der Gemeinden selbst im Vordergrund. So wird die Kommunale Wärmeplanung in der ILE Grüner Dreieck bald abgeschlossen sein, und in Ruhmannsfelden läuft ein wegweisendes Modellprojekt an, bei dem aus Klärschlamm zuerst Wasserstoff und

anschließend grüner Strom gewonnen wird – eine vielversprechende Möglichkeit zur regenerativen Energieerzeugung.

Nach dem theoretischen Teil im Sitzungssaal lud Jürgen Vökl von den Bayerischen Staatsforsten zu einer Führung durch das Biomasseheizwerk Waldenergie Bodenmais ein. Von dort aus werden seit dem Bau im Jahr 2010 zahlreiche private und gewerbliche Kunden im Ortskern von Bodenmais mit nachhaltiger Wärme aus Hackschnitzeln versorgt. Angesichts des gemeinsamen Austauschs und der gewonnenen Einblicke konnten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister neue Ideen für den Klimaschutz und die Energiewende in der eigenen Kommune mit nach Hause nehmen.

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chef vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,
Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungsweise- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bild: pmw

Erfolgsgeschichten als Mutmacher

Verleihung der oberpfälzischen und niederbayerischen Integrationspreise

Großer Festakt im Spiegelsaal der Regierung der Oberpfalz: Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, MdL Karl Straub, und Regierungspräsident Walter Jonas zeichneten gemeinsam fünf Oberpfälzer Initiativen und Privatpersonen aus. Der erste Platz mit einem Preisgeld in Höhe von 2.000 Euro ging an den „Sprachtreff für Frauen und Mütter“ des Arbeitskreises Integration Lappersdorf im Landkreis Regensburg. Den zweiten Preis mit einem Preisgeld in Höhe von 1.500 Euro gewann Reinhold Birner für die Organisation und Durchführung zahlreicher integrativer Projekte. Das Gemeinschaftsprojekt „Willkommensrundgang“ aus Weiden i. d. OPf., das „Nest“-Team aus Neutraubling im Landkreis Regensburg sowie das „Welt-Café“ in Cham landeten auf Platz 3 und wurden jeweils mit 500 Euro bedacht.

Im Jugendzentrum der Markt-gemeinde Lappersdorf wird für geflüchtete Frauen und Mütter zweimal wöchentlich ein ehrenamtlicher Deutschkurs abgehalten. Zugleich wird während der Unterrichtszeit für die Betreuung der Kinder durch ehemalige Teilnehmerinnen oder ehrenamtlich Tätige Sorge getragen, dass sich die Lernenden auf den Unterricht konzentrieren können. Seit dem Beginn im Oktober 2018 erfreut sich das Projekt eines guten Zuspruchs und hat dazu beigetragen, die Teilnehmerinnen in ihrer Selbstständigkeit zu fördern und diese auf den Alltag vorzubereiten. Für das niederschwellige Angebot ist es nicht erforderlich, einen vorherigen Antrag zu stellen oder sich gesondert anzumelden.

Bedürfnisorientiert

Seit 2015 organisiert und führt Reinhold Birner im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab und in der Stadt Weiden i. d. OPf. zahlreiche Projekte durch. Sein Einsatz reicht von Tagesausflügen und langfristiger Intensivbetreuung über Wohnungsvermittlung und Krankheitsunterstützung bis hin zur Jobvermittlung und behördlichen Schriftverkehrshilfe. Ein Schwerpunkt seines Engagements liegt darin, die Lebenssituation geflüchteter Kinder durch altersgerechte Förderung in den Bereichen Kultur, Sport, Musik, Schule und Bildung zu verbessern – schnell und unbürokratisch, angepasst an die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen. Ein weiteres Ziel ist die gesellschaftliche Teilhabe dieser Kinder, die durch Ausflüge und spielerische Unterstützung gefördert wird. Teile dieser Maßnahmen realisiert Birner gemeinsam mit lokalen Partnern.

Wertschätzung erfahren

Seit September 2023 erleichtert ein Stadtrundgang Migranten und Migranten das Ankommen in Weiden i. d. OPf. Dabei erfahren sie Wertschätzung und lernen eine für sie oft neue

Normalität kennen. Das Projekt wird gemeinsam mit der Diakonie, der Stadtverwaltung sowie dem Integrationsbeirat umgesetzt und durch mehrere Ehrenamtliche unterstützt. Der Rundgang beleuchtet die Geschichte von Flucht und Vertreibung in verschiedenen Epochen (u.a. Dreißigjähriger Krieg, Holocaust) und stellt lokale Einrichtungen wie das Integrationsbüro, die Bibliothek, das Café farbenfroh und eine syrische Kaffeerösterei vor – wichtige Orte für eine erfolgreiche Eingewöhnung in Weiden. Die Inhalte werden in einfacher Sprache vermittelt, so dass auch auf Erfahrungen und Hintergründe der Herkunftsländer eingegangen werden kann.

Neustart im Team

Bei „Nest“ (Abkürzung für „Neustart im Team“) handelt es sich um ein Aufnahmeprogramm des Bundes, das zunächst im Mai 2019 als Pilotprojekt vorgestellt und nun als reguläres Verfahren verstetigt wurde. Das hierbei zugrunde liegende Wesensmerkmal besteht in der finanziellen und ideellen Unterstützung von Schutzsuchenden durch die Zivilgesellschaft, um diesen eine Neuausiedlung als sog. Resettlement-Flüchtlinge zu ermöglichen. Vor der Einreise bilden mindestens vier Ehrenamtliche eine Mentoring-Gruppe, die bei der Integration, der Wohnungssuche und der Übernahme der Nettokaltmiete unterstützt.

Unterstützung durch Mentoring

Seit 2019 hat in diesem Fall das sechsköpfige Team aus Neutraubling eine syrische Familie mit drei Kindern intensiv betreut. Neben der Beschaffung von Spendengeldern wurde die Renovierung und Einrichtung eines Hauses sowie die Nettokaltmiete für 24 Monate übernommen. Die Mentoring-Gruppe half der Familie bei Behördengängen, schulischen Angelegenheiten, der Jobsuche und Arztbesuchen. Bereits 2015 und 2016 bildete sich innerhalb der

Pfarrgemeinde St. Michael Neutraubling eine Initiative für drei geflüchtete Familien aus Syrien, dem Irak und Georgien. Damals wurde ebenfalls bei der sprachlichen, schulischen und kulturellen Förderung der Kinder und der Wohnungssuche unterstützt. Der Kontakt zu diesen Familien besteht bis heute.

Als ökumenische Kooperation zwischen dem Diakonischen Werk Cham-Regen e.V., dem Caritasverband für den Landkreis Cham e.V. und der katholischen Pfarrei St. Jakob Cham wurde 2022 das „Welt-Café“ ins Leben gerufen. Dieses Begegnungsprojekt bietet zugewanderten und einheimischen Menschen einen offenen Raum für Austausch und Begegnung, um Berührungspunkte abzubauen, Vorurteilen entgegenzuwirken und Sprachbarrieren zu überwinden.

Das vierteljährlich stattfindende Welt-Café reagiert auf den Bedarf an einem regelmäßigen, integrativen und niedrigschwelligem Angebot. Die zweistündigen Treffen bieten u.a. Buffet, Musik und kreative Aktivitäten wie Malen und Basteln; zudem sind die Gäste eingeladen, sich aktiv einzubringen. Besondere Merkmale des Projekts sind die enge Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen, eine kultursensible Gestaltung und die ökumenische Ausrichtung. Langfristig soll sich das Welt-Café als feste Einrichtung im Landkreis Cham etablieren.

Niederbayern

Bei der Verleihung des niederbayerischen Integrationspreises würdigte Regierungsvizepräsidentin Monika Linseisen und Integrationsbeauftragter Karl Straub Projekte des Helferkreises Baierbach und des Sportvereins Huldessen. Zudem wurde Elisabeth Teichert gewürdigt. Die Geehrten durften sich über ein Preisgeld in Höhe von jeweils 2.000 Euro freuen.

Von 2016 bis zur Schließung der Unterkunft im Jahr 2019 hat sich Elisabeth Teichert als pensionierte Lehrerin beim damaligen „Helferkreis Steinach“ (Landkreis Straubing-Bogen) ehrenamtlich engagiert, Flüchtlingen Deutschunterricht gegeben und bei der Organisation von Festen und anderen Veranstaltungen mitgeholfen. 2023 wurde sie erneut aktiv, nachdem die ehemalige Unterkunft wiedereröffnet wurde. Seitdem unterstützt sie mit ihrer ehrenamtlichen Integrationsberatung wieder Flüchtlinge bei Behördengängen, Arztterminen oder der Arbeits- und Wohnungssuche. Die Erfolgsgeschichten ihrer Schützlinge belegen ihre wertvolle Integrationsarbeit. So hat ein Asylbewerber erfolgreich seinen Masterstudiengang abgeschlossen und arbeitet mittlerweile am Fraunhofer-Institut. Andere Flüchtlinge, die dank Ihrer Hilfe Fuß fassen konnten, unterstützen jetzt wiederum neu ankommende Flüchtlinge.

Gemeinsam mit weiteren Bürgerinnen und Bürgern aus Baierbach (Landkreis Landshut) hat Josef Limmer 2022 den „Helferkreis Baierbach“ gegründet. Die größte Herausforderung zu Beginn war, eine Unterkunft für die Geflüchteten aus der Ukraine zu finden. Zum Glück stellte die Pfarrei im Ort den alten Pfarrhof zur Verfügung. Limmer organisierte sodann eine Spendenaktion und verwandelte gemeinsam mit den anderen Helferkreis-Mitgliedern den Pfarrhof in ein wohnliches Zuhause. Seitdem packen viele fleißige Hän-

GZ PINOS WELT

69 – diese Zahl ist derzeit in aller Munde. Das ist die Zahl der Tage, die zwischen der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers im Deutschen Bundestag und dem Tag der Wahl eines neuen Bundestages verbleiben. Das ist etwas weniger Zeit, als in den Jahren 1983 und 2005 (79 Tage), aber länger als die 58 Tage, die 1972 zur Vorbereitung vorgezogener Neuwahlen blieb.



Also könnte man meinen, alles in trockenen Tüchern. Müsste also machbar sein. Zumal es Frankreich in diesem Jahr geschafft hat, die Nationalversammlung binnen 21 Tagen neu zu bestimmen, nachdem den Abgeordneten plötzlich und überraschend die Koffer vor die Türen der Asssemblée Nationale gestellt wurden und diese Wahl durch die Überseedepartements in der Karibik, Südamerika und dem Indischen Ozean

Plötzlich Neuwahl

buchstäblich in der ganzen Welt abgehalten wurde. Bei uns kommen zu den 69 Tagen ja immerhin noch die Vorbereitungswochen vor dem 19. Dezember, der zwar den aktuellen Startschuss markiert, aber einige Vorarbeiten doch schon jetzt möglich sind.

Bei uns diskutieren wir darüber, ob es, wie die Bundeswahlleiterin untertänigst anzumerken geruhte, genügend Papier auf dem Markt gibt – wohlgemerkt ist Deutschland nicht nur die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, sondern auch global der viertgrößte Papierproduzent. Wir sind besorgt wegen Druckereiaufträgen und wegen des Betriebsurlaubs bei einigen Speditionen über die Weihnachtstage. Der Berliner Wahlleiter ist sogar der Meinung, das mit dem schnellen Wählen wäre Murks, weil Berlin ja nicht mal eine Wahl zum regulären Termin auf die Kette kriegt (siehe 2021), wie dann erst eine vorgezogene.

Nur zur Einordnung: Der Vergleich mit Frankreich mag unfair sein, weil ein Zentralstaat bei allen sonstigen Schwächen eine landesweite Wahl sicher effektiver organisieren kann und das Wahlsystem vor allem keine Listenaufstellungen nötig macht, die für die Partei der Hundertjährigen oder die Partei der veganen Esoteriker sicher einen Kraftakt darstellen.

Andererseits haben die Mitglieder des Parlamentarischen Rates die Fristen bestimmt: 21 Ta-

ge nach der verlorenen Vertrauensfrage muss der Bundespräsident entscheiden und 60 Tage danach muss spätestens der Bundestag gewählt werden. Damals gab es in der Bundesrepublik keinen zivilen Flugverkehr, die Infrastruktur war noch weitgehend kriegszerstört (also noch maroder als heute) und Papier war so knapp, dass nicht mehr gebrauchte Antragsformulare auf der Rückseite neu bedruckt wurden oder man daraus Briefumschläge herstellte.

Vielleicht war die Wortmeldung der Bundeswahlleiterin eine Auftragsarbeit an eine dem Bundesinnenministerium nachgeordnete Behörde, die sich bewusst ist, wie robust die derzeitige Ministerin im Feuern von Behördenleitern ist, um einen vom Kanzler gewünschten späten Neuwahltermin „fachlich“ zu unterfüttern. Wenn aber nicht, zeugt dies von einer erschreckenden Trägheit in den verantwortlichen Behördenpitzen.

Gott sei Dank haben die Kommunalen Spitzenverbände diesen verheerenden Eindruck der staatlichen Unfähigkeit, das wichtigste demokratische Ausdrucksmittel des Wählerwillens zu organisieren, rasch korrigiert. Und jetzt liest man jeden Tag in der Zeitung Berichte über Kommunen, die schon jetzt anpacken und die Wahl zum Gelingen bringen werden. Auch bei uns im Städtchen ist der kurze Vorlauf eine Herausforderung, ganz klar. Aber eine, der sich eine funktionierende Verwaltung stellen und sie bewältigen muss.

Die Wortmeldungen der Bundeswahlleiterin und aus Berlin haben leider wieder das Vorurteil genährt, dass wenn ein Beamter etwas nicht will, er Gründe findet, und seien sie noch so an den Haaren herbeigezogen. Dem Eindruck, dass Behörden nur verzögern, verkomplicieren und verhindern, wurde Vorschub geleistet. Wer dagegen etwas will, der tut es, das zeigen die Städte und Gemeinden in Deutschland.

Der Kanzler jedenfalls scheint die Meinung des ehemaligen radikalsocialistischen französischen Premierministers George Clemenceau zu teilen: „Das Regieren in einer Demokratie wäre viel einfacher, wenn man nicht immer wieder Wahlen gewinnen müsste.“

Ihr Pino

de mit an: Jeder trägt nach seinen Talenten und Expertisen dazu bei, dass Integration in Baierbach nicht nur ein Wort bleibt, sondern dort Tag für Tag mit Leben erfüllt wird.

Der Helferkreis unterstützt bei Behördengängen, Arztbesuchen und bietet Sprachkurse an. Von Anfang an hat er sich auch um einen Internetzugang gekümmert, der den Geflüchteten die Arbeitssuche erleichtert. Nahezu alle erwachsenen Flüchtlinge haben einen Arbeitsplatz. Das ist auch das Verdienst des Helferkreises. Wie groß die Verbundenheit in Baierbach ist, zeigt auch das jährliche Sommerfest, bei dem die Flüchtlinge kochen und den Helferkreis einladen.

Der Sportverein Huldessen in Unterdietfurt (Landkreis Rottal-Inn) engagiert sich seit vielen Jahren für Menschen mit Migrationshintergrund. Angesichts des Ukraine-Kriegs wurde 2022 das Projekt „Sport verbindet“ ins Leben gerufen, um besonders ukrainische Flüchtlinge aktiv in das Vereinsleben einzubinden. Durch den gemeinsamen Sport fühlen sich die Flüchtlinge als Teil der Gemeinschaft und gleichzeitig werden Begegnungsmöglichkeiten geschaffen, bei denen sich Einheimische und Geflüchtete kennenlernen können. Zwei Beispiele belegen eindrucksvoll die erfolgreiche Integrationsarbeit des Vereins: Während der ehemalige südafrikanische Profi-Rugby-Spieler Tim Vann im Verein wöchentlich ein Fitnesstraining anbietet und sich für den Aufbau eines Rugby-Teams engagiert, unterstützt die Ukrainerin Oksana Olkova bei der Organisation von Festen und weiteren Veranstaltungen. **DK**



Gratulanten in Diespeck, v.l.: Dieter Hummel (CSU-Fraktionsvorsitzender der CSU im Kreistag Neustadt a.d.Aisch – Bad Windsheim), Jürgen Riedel (Bürgermeister Münchsteinach), Markus Helmreich (Bürgermeister Diespeck), Wolfgang Schmidt (Bürgermeister Baudenbach), und CSU-Landtagsabgeordneter Werner Stieglitz. Bild: Hummel

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Reinhard Schwarz (CSU) ist neuer Bürgermeister in Trausnitz (Landkreis Schwandorf). In der Stichwahl setzte er sich gegen seinen Parteifreund Johann Mörtl mit 59,3 Prozent der Stimmen durch. Mörtl kam auf 40,7 Prozent. Der vormalige Rathauschef Martin Schwandner (Freie Wähler) war zum 30. Juni zurückgetreten. Da sich zunächst keine Bewerber gemeldet hatten, war eine Urwahl nötig geworden. Die Wahlbeteiligung lag bei 59,9 Prozent.

In einer Stichwahl fiel die Entscheidung über den neuen Bürgermeister von Hallbergmoos (Landkreis Freising). Benjamin Henn (Freie Wähler) behielt mit 53,4 Prozent die Oberhand gegenüber Stefan Kronner (unabhängig), der 46,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinte. Amtsinhaber Josef Niedermair (CSU) war aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Wahlbeteiligung: 43,4 Prozent.

Markus Helmreich (CSU) siegte in Diespeck (Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim) mit 71,1 Prozent der Stimmen überlegen gegen Kurt Endlein vom Bürgerforum Diespeck (28,9

Prozent). Die Wahl war notwendig geworden, weil der bisherige Erste Bürgermeister Dr. Christian von Dobschütz im Sommer zum Landrat bestimmt wurde.

In Mauth (Landkreis Freyung-Grafenau) wurde Heiner Kilger (CSU) mit 95,9 Prozent der Stimmen zum neuen Rathauschef gewählt. Er war der einzige Kandidat. In den vergangenen Monaten hatte Kilger bereits kommissarisch die Amtsgeschäfte geleitet, nachdem Erster Bürgermeister Ernst Kandlbinder (CSU) im März einen Antrag auf krankheitsbedingte Versetzung in den Ruhestand gestellt hatte. Wahlbeteiligung: 44,6 Prozent. **DK**

Deutscher Nachbarschaftspreis für Laimer Projekt

Für herausragendes lokales Engagement wurden in Berlin 22 Projekte und Initiativen für gutes Zusammenleben in der Nachbarschaft mit dem Deutschen Nachbarschaftspreis der Stiftung nebenan.de ausgezeichnet. Der Deutsche Städtetag unterstützt den Preis als langjähriger Förderer.

Als bayerischer Landessieger wurde das Projekt „Laim_up“ im Münchner Stadtteil Laim geehrt. Das dynamische Zentrum für kulturelle und soziale Aktivitäten bringt seit 2021 Menschen aus allen Lebensbereichen zusammen. Als Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen wie Einsamkeit und rechtsextreme Entwicklungen fördert „Laim_up“ den Zusammenhalt durch eine Vielzahl von Workshops, Ausstellungen und Veranstaltungen. Die Initiative bringt Künstler, Wissenschaftler, Handwerker und Nachbarn zusammen, um gemeinsam Projekte

zu realisieren, die das Miteinander stärken und den Stadtteil beleben.

Mit kleinen und großen Aktionen, wie Freiluftkino, Basaren, Lesezirkeln oder Performances werden bewusst unterschiedliche Lebensbereiche angesprochen und darüber Themen, Menschen und Orte verbunden. Im lockeren Austausch wird Wissen weitergegeben, Kontakte und Freundschaften entstehen. Highlights waren 2023 das Festival M_igrati_on mit 13 Veranstaltungen an zehn Orten im Stadtteil und ein internationales Konzert im Zirkuszelt 2024. **DK**

Donau-Ries:

Stefan Rößle verzichtet auf weitere Landratskandidatur

Mit einem Paukenschlag endete die jüngste Kreistagssitzung im Landratsamt Donauwörth. Kreischef Stefan Rößle gab bekannt, dass er „nach reiflicher Überlegung“ bei der nächsten Kommunalwahl am 8. März 2026 nicht mehr als Landratskandidat antreten werde. Zu diesem Zeitpunkt kann der beliebte Kommunalpolitiker, der heuer seinen 60. Geburtstag feierte, auf eine 24 Jahre währende erfolgreiche Amtsführung zurückblicken. Unter seiner Führung hat sich Donau-Ries als attraktiver Wirtschaftsstandort etabliert.

„Ich werde nicht müde zu betonen, dass wir ein tolles Landratsamt sind und auch als Landkreis unseren Bürgerinnen und Bürgern viel zu bieten haben. Ich weiß, dass uns viele meiner Kolleginnen und Kollegen um diese Situation etwas beneiden. Trotzdem ist es irgendwann Zeit, die Zelte abzubauen und neue Wege zu gehen. Ich bin sehr glücklich, dass ich dies selbstbestimmt und bei guter Gesundheit tun kann“, erläuterte Rößle seine Entscheidung.

Jede Wahlperiode sei für ihn wie eine „Ozeanüberquerung“, die sehr viel Kraft koste und nicht nur sonnige Tage, sondern auch heftigen Seegang und stürmische Zeiten bereithalte. Es

gebe keine Garantie dafür, dies nochmals sechs Jahre unbeschadet zu überstehen, machte Rößle deutlich. Die Zeit im Hafen bei der Familie sei knapp bemessen und deshalb werde er das Ruder einem neuen Kapitän übergeben.

1.000 Schulen für unsere Welt

Danach möchte Stefan Rößle nicht nur mehr Zeit für die Familie, sondern als Ideengeber auch für sein Herzensprojekt „1.000 Schulen für unsere Welt“ aufwenden. Nur sechs Jahre nach Vereinsgründung sind dafür inzwischen 10 Millionen Euro an Spenden eingegangen. Damit

konnten mehr als 250 Schulbauprojekte realisiert werden.

Rößle betonte, dass er sich bis zum Ende seiner Amtszeit weiterhin mit vollem Engagement für die Belange der Region einsetzen werde. Zudem versprach er, seine Nachfolge frühzeitig und verantwortungsbewusst vorzubereiten, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Die Gremiumsmitglieder quitierten die Ausführungen ihres Landkreischefs mit stehenden Ovationen. **DK**



Landrat Stefan Rößle, Landkreis Donau-Ries. Bild: Gregor Wiebe

Die Energiewende gemeinsam voranbringen

München, acht Kommunen aus der Region und die SWM

Die Klimaerwärmung ist eine globale Herausforderung. Energiewende und Klimaschutz können nicht auf kommunaler Ebene allein gelöst werden, sondern müssen größer gedacht und gemeinsam umgesetzt werden. Mit diesem Leitgedanken wollen die Landeshauptstadt München, die acht Kommunen und zwei kommunale Unternehmen der NordAllianz sowie die Stadtwerke München noch enger zusammenarbeiten. Zusammen soll der Ausbau erneuerbarer Energien verstärkt sowie die Versorgungssicherheit in den Kommunen weiter verbessert werden. Die Kooperationsmöglichkeiten wurden jetzt in einer Absichtserklärung festgehalten.

Die NordAllianz ist der Zusammenschluss wirtschaftsstarker Kommunen im Münchner Norden sowie ihrer Kommunalunternehmen. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt und den SWM können sie von deren Erfahrung beim Ausbau der Erneuerbaren profi-

tieren und so Effizienz- und Kostenvorteile für ihre Projekte erreichen. Im Gegenzug können die SWM Synergien heben und gegebenenfalls anteilige Potenziale erneuerbarer Energien im Gebiet der NordAllianz für die Versorgung Münchens nutzen. Möglich sind auch gemeinsame Projekte.

Geprüft wird eine vertiefte Zusammenarbeit bei Erzeugung, Verteilung und Speicherung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Im Fokus steht hierbei die Geothermie als Basis klimaneutraler regionaler Fernwärme. Betrachtet werden dabei die Bereiche seismische Untersuchungen, Anlagen- und Ersatzteilbeschaffung und -lagerung, der gemeinsame Bau und Betrieb von Geothermieanlagen und unterirdischen Wärmespeichern sowie Dienstleistungen der SWM rund um den Anlagenbetrieb. Untersucht wird zudem, inwieweit eine intensivere Zusammenarbeit bei weiteren erneuerbaren Energien wie PV oder Windkraft sinnvoll ist.

Dr. Karin Thelen, SWM Geschäftsführerin Regionale Ener-

gie-wende: „Die Energie- und Wärmewende sind feste Bestandteile unserer Unternehmens-DNA. Der Weg hin zu einer CO2-freien Energieversorgung kann aber nur gelingen, wenn wir über Stadt- und Gemeindegrenzen zusammenarbeiten. Beim Ausbau der Geothermie streben wir starke regionale Partnerschaften an. Unsere langjährige Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen zeigt, dass niemand es allein schaffen muss. Gemeinsam können wir für beide Seiten das Geothermiepotenzial optimal nutzen. Insofern freue ich mich sehr, dass wir im Schulterchluss mit der Landeshauptstadt München und der NordAllianz die Zusammenarbeit innerhalb der Metropolregion intensivieren.“



Hinten, v.l.: Alexander Greulich, Erster Bürgermeister der Gemeinde Ismaning; Markus Böck, Erster Bürgermeister der Gemeinde Oberschleißheim; Franz Heilmeier, Erster Bürgermeister der Gemeinde Neufahrn; Dr. Dietmar Gruchmann, Erster Bürgermeister der Stadt Garching; Sebastian Thaler, Erster Bürgermeister der Gemeinde Eching. Vorne, v.l.: Christoph Böck, Erster Bürgermeister der Stadt Unterschleißheim; Dr. Karin Thelen, SWM Geschäftsführerin Regionale Energiewende; Dieter Reiter, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München; Josef Niedermair, Erster Bürgermeister der Gemeinde Hallbergmoos; Andreas Kemmelmeyer, Erster Bürgermeister der Gemeinde Unterföhring. Bild: Michael Nagy/Presseamt München

Vorschau auf GZ 23

In unserer Ausgabe Nr. 23/2024, die am 5. Dezember 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasser - Abwasser
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Entsorgungsmanagement und technische Lösungen
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge - Fuhrpark
- Garten- und Landschaftsbau - Forst - Friedhof

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung



Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Energiedienstleistung



Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW
www.netcom-bw.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaupkapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.
www.Mein-Datenschutzberater.de
DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung

KUBUS
Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de
www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
- Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
- Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
- KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasingfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de



Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für **Waldes Star**
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!